

Sozialdemokratischer Pressedienst

Bearbeiter und Chefredakteur:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Telefon: Stadt Dienst 4195-4196



Abdruck für Zeitung und Veröffentlichung:
Berlin G 2 61, Dorotheenstrasse Platz 6
Druckverlag: Copaldruck

Die Befreiung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung erlaubt. Abdruck ist verboten 4 Wochen
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt ist. Genehmigt für alle Teile 4 Berlin.

Berlin, den 14. Juli 1932.

Wer finanziert Hitler?

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Das Geheimnis um die Nazi-Millionen ist gelüftet. Es sind die Millionen, die von der Sozialreaktion seit Jahren zur Niederknüttelung der Arbeiterbewegung in dem Kirdorf-Fonds gesammelt worden sind.

Von Zeit zu Zeit wird die Frage erörtert, wo die sogenannten Kirdorf-Millionen geblieben sind und ob dieser eigenartige Fond überhaupt noch existiert. Seinerzeit versuchte der alte Hugo Stinnes, an diesen, von dem Grossindustriellen Emil Kirdorf verwalteten Ruhrschatz heranzukommen. Einmal plante Hugo Stinnes, diese Millionen im Ruhrkampf einzusetzen. Das war im Jahre 1923, als die Franzosen und die Belgier in den Ruhrbezirk eingerückt waren. Später, kurz vor seinem Tode und kurz vor dem Zusammenbruch des Stinneskonzerns, dem auch die Gelsenkirchner Bergwerks A.G. angehörte, machte Stinnes den Versuch, mit den Kirdorfmillionen den Stinnes trust zu retten. In beiden Fällen hat sich Emil Kirdorf ablehnend verhalten, mit dem Hinweis darauf dass es sich um "politische Gelder" handle, die zu "höheren Zwecken" aufgespart werden müssten.

Interessant und äusserst lehrreich ist die Entstehung der Kirdorfmillionen. Sie fällt weit in die Vorkriegszeit und ist mit dem Gelsenkirchner Zechenklub verknüpft. In diesem Klub sammelte Kirdorf die prominenten Vertreter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Der Klub versuchte vor allem, Einfluss auf die Regierung zu erhalten und hat ihn auch erhalten. Dieser Gelsenkirchner Zechenklub war die Stelle, die der alten königlichen Regierung in Preussen den "Daumen ins Auge drückte". Und Kirdorf selbst prägte das Wort "vom Herrn im Hause", als sich die Regierung im alten Preussen einmal gedrängt sah, sich um die menschenunwürdigen Zustände in Rheinland und Westfalen zu kümmern. Kirdorf ist heute noch in der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft als der Mann bekannt, der aus ihrem Schweiß Millionen münzte. Kirdorf ist wohl das grösste Ausbeutergenie, das die deutsche Schwerindustrie hervorgebracht hat. Noch heute zittert im westdeutschen Industriebezirk die Erinnerung an die Kirdorfschen Brutalitäten nach.

Kurz nach der Jahrhundertwende machte sich unter den Bergarbeitersklaven ein grösserer Widerstand gegen die Kirdorfschen Ausbeutungsmethoden bemerkbar. Bei der Reichstagswahl 1903 verlor die von Kirdorf unterstützte Zechenpartei das Mandat Bochum-Gelsenkirchen an den Bergarbeiterführer Hue. Rund zwei Jahre später kam es zum grossen Bergarbeiterstreik, in dem, nach jahrelangem Zwist und Bruderkrieg, die Zentrumsgewerkschaften mit den freien Gewerkschaften in einer Front standen. Das gab dem Gelsenkirchner Zechenklub, wo sich die Schwerindustrie in der Weise konzentrierte, wie heute z.B. im Düsseldorfer Industrieklub, zu denken. Man entschloss sich, einen Kampffond zu bilden, um die junge Arbeiterbewegung in Rheinland und Westfalen brutal niederzuknütteln.

Es wurde eine Umlage geschaffen, die sich nach dem Umsatz und nach der Beschäftigtenzahl richtete. Verwalter dieser Gelder wurde Emil Kirdorf. In den Jahren bis zum Krieg kamen durch Umlage Dutzende von Millionen zusammen. In diesen Fond soll auch ein Teil jener Gelder geflossen sein, die die Schwerindustrie während des Kriegs durch Beschäftigung von belgischen Deportierten in den westfälischen Kohlengruben verdiente. Während der Inflation war der Fond, wie man weiss, wertbeständig angelegt. Er muss sich nach der Stabilisierung der Mark durch Zins und Zinseszins beträchtlich vergrössert haben.

Emil Kirdorf hat jahrelang diesen Schatz, den man oft den Ruhrschatz nennt, wie ein Lintwurm gehütet und gehortet. Kirdorf selbst zog sich nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 von seinen Geschäften zurück. Er, der Gründer der Gelsenkirchener Bergwerks A.G. und der Schöpfer des rheinisch-westfälischen Kohlsyndikats konnte es z.B. Hugo Stinnes nicht vergessen, dass er seinen "Spezialfrieden" mit der "verrückten Zeit", wie Kirdorf die Entwicklung seit 1918 nannte, gemacht hatte und sich sogar in den Reichstag wählen liess. Gröllend und fluchend auf die Neue Zeit mit Betriebsräten und Lohnstarifen zog sich der alte Schwerindustrielle, der jetzt im 85. Lebensjahr stehen dürfte nach seiner Luxusvilla in Mühlheim zurück, wo, wie die Bergarbeiter sagen, die Hunde und die Pferde besser wohnen und essen als sie. Die Verwaltung des oben geschilderten Kampffonds blieb jedoch bei Emil Kirdorf.

Immer wieder haben es Schwerindustrielle, die der politische Ehrgeiz plagte, unternommen, aus diesem Fond Gelder flüssig zu machen. Vergebens! Emil Kirdorf hielt "seine Zeit" noch nicht für gekommen. Anders wurde es, als die Maiwahlen im Jahre 1928 einen überwältigenden Erfolg für die Sozialdemokratie brachten. Diese Wahlen müssen auf Kirdorf ungefähr so gewirkt haben, wie der Verlust des Reichstagsmandats Bochum-Gelsenkirchen an die Sozialdemokratie im Jahre 1903. Er zeigte sich seit der Maiwahl 1928 Vorstellungen gegenüber, endlich den Ruhrschatz flüssig zu machen, empfänglicher als früher. Kreise, die an der Reorganisation der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei nach dem Debakel im Jahre 1923 finanziell mitgearbeitet hatten, unterbreiteten ihm um jene Zeit ein Programm, das in der Hauptsache folgendes besagte:

Die nationalen Kreise Deutschlands werden in einer grossen Deutschen Partei gesammelt, die ausschliesslich den Kampf gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie zu führen hat. Im Trommelfeuer zwischen den Kommunisten und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei werden Gewerkschaften und Sozialdemokratie bald ausgeschaltet und zur Ohnmacht verurteilt sein. Das wäre der Augenblick, um eine radikale Neuordnung durchzuführen. Politisch müsse eine schwerindustriell-konservative Regierung gebildet werden, mit entsprechender Reichsreform und entsprechender Verfassung. Die Löhne seien um 30 Prozent unter Friedensstand zu kürzen, weil die "Nation arm geworden" sei und im "Interesse der industriellen Kapitalbildung". Die Schichtzeit werde auf den Stand von 1889 zurückgeführt, also der Achtstundentag im Grubenbetrieb abgeschafft. Dazu sieht das Programm Beseitigung der Lohnstarife, des gesamten Arbeitsrechts, der Verbindlichkeitserklärung, der Betriebsräte usw. vor.

Im grossen und ganzen zielt dieses Programm darauf hin, die Kirdorfschen Zeiten vor dem Krieg neu erstehen zu lassen. Kirdorf verhielt sich dem Programm gegenüber längere Zeit skeptisch. Zunächst soll er sich daran gestossen haben, dass die neue grosse "Deutsche" Partei, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, in ihrer Firma sofort zwei Fremdwörter führte. Das schien aber nur Vorwand gewesen zu sein. Später soll Kirdorf lediglich bemängelt haben, dass Arbeiter mit Politik nichts zu tun hätten und dass eine Arbeiterpartei Unsinn sei. weitere nahm der Alte in Mühlheim an dem Sozialismus Anstoss.

Da man die Abneigung Kirdorfs gegen jeden Sozialismus kannte holte man Hitler nach Mühlheim, um die Bedenken Kirdorfs zu zerstreuen. Der Judas Ischariott von heute hat es fertig gebracht. Nach seinem Besuch bei Kirdorf - beide Männer haben innige Freundschaft geschlossen - wurden die sogenannten Kirdorf-milliarden der Nationalsozialistischen Bewegung zur Verfügung gestellt. So sind sie dem "höheren Zweck" zugeführt, den der alte Ausbeuter Kirdorf immer im Auge hatte: Sie dienen der Finanzierung der sozialen Reaktion, der Niederknüttelung der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Arbeiterschaft.

SPD. Oldenburg, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

Das aus drei Nazileuten bestehende oldenburgische Ministerium hat beschlossen, den Verfassungstag nicht mehr feiern zu lassen.

Unterdessen macht die Besetzung der Ämter durch Partei-Beamte weitere Fortschritte. Zum Vorsitzenden des Oberschulkollegiums wurde der Oberschulrat Heering ernannt und zum Regierungspräsidenten im Landesteil Lübeck der Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Böhcker. Beide sind Mitglieder der Nazipartei.

SPD. Der Führer der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels und der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Rudolf Breitscheid haben an den Reichspräsidenten anlässlich der Berichterstattung des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers in Neudeck folgendes Protesttelegramm gerichtet:

"Die Unterzeichneten, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Vorsitzender der bisherigen Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, erheben schärfsten Protest gegen die Politik der Reichsregierung, die innerhalb von sechs Wochen, nicht zuletzt durch die Aufhebung des SA-Verbotes und die Freigabe ihrer Uniformen, bürgerkriegsähnliche Zustände in ganz Deutschland ausgelöst hat. Die täglich wachsende Zahl von Toten und Schwerverletzten stellt die furchtbarste Anklage gegen eine Politik dar, die bestimmt wird durch offenkundige Begünstigungen gegenüber der verfassungsfeindlichen NSDAP. Die sechswöchige Bilanz des neuen Kurses ist gekennzeichnet durch eine Herabdrückung der Existenzbedingungen für Millionen unter die Hungergrenze, durch eine Verwilderung der politischen Sitten, die vor dem Leben der eigenen Volksgenossen und vor der Ehre wehrloser Frauen nicht Halt macht, durch eine Erschütterung der Reichseinheit und jeder Staatsautorität, wie sie selbst in den schlimmsten Nachkriegsjahren nicht in Erscheinung getreten ist. Das sind die Folgen einer fortgesetzten Begünstigung verfassungsfeindlicher Kräfte, während die Bemühungen verfassungstreuer Länderregierungen, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten, durch Massnahmen der Reichsregierung durchkreuzt werden. Die Fortsetzung des bisherigen Kurses beschwört unabsehbare Gefahren für Reich und Volk herauf. Wir mahnen vor aller Welt in letzter Stunde zu grundsätzlicher Abkehr."

SPD. Schwerin, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Nationalsozialisten geben sich neuerdings grosse Mühe, ihre einwandfrei erwiesene und von ihnen zunächst zugegebene Schuld an den blutigen Ereignissen in Hagenow zu vertuschen.

So hat die Nazi-Fraktion des Schweriner Landtags die Frechheit besessen, eine in bombastischem Stil gehaltene Drohung gegen die Polizei und die Staatsanwaltschaft auszusprechen, weil - man höre und staune - die Polizeibeamten sich mit erhobener Waffe gegen die nationalsozialistischen Angreifer gewandt haben. Das ist leider unwahr. Wenn es nämlich so wäre, dann hätte die Ordnungspolizei, die überwiegend nationalsozialistisch eingestellt ist, einmal pflichtgemäss gehandelt. Aber sie hat pflichtwidrig die angegriffenen Reichsbannerleute sistiert und ungerechter Weise das Schiessen der wildgewordenen Hitler-Leute weder verhindert noch die Nazi-Rowdies verhaftet. Die nationalsozialistische Landtagsfraktion habe, so lässt sie parteiamtlich mitteilen, wegen dieser Vorgänge Strafantrag gegen die verantwortlichen Leiter der Polizei wegen Nötigung, Bedrohung und Freiheitsberaubung im Amte gestellt. Die Nazis, die das böse Gewissen plagt, suchen durch diesen Bluff die Dinge so darzustellen, als ob sie, die von der Polizei eine liebevolle Behandlung erfahren haben, noch ein Unrecht erlitten hätten.

In der Erklärung der Nazifraktion heisst es weiter, dass die Fraktion eine Verächtlichmachung und Beleidigung der gesamten Fraktion und der kommunistischen nationalsozialistischen Staatsregierung in der Art der Verhaftung des Fraktionsführers Hildebrand durch den Staatsanwalt Dr. Skott aus Schwerin sehe. Hildebrand werde von dem Staatsanwalt schikaniert. Er werde sogar unter der Androhung der Verhaftung zu gerichtlichen Vernehmungen zitiert. Umgekehrt ist es richtig. Hildebrand gebärdet sich, nachdem er in Mecklenburg Führer der Nazimehrheit ist, wie ein Fürst, der glaubt, sich straffrei jedes politische Verbrechen gestatten zu können. Die Polizei hat in Hagenow tatsächlich pflichtwidrig gehandelt und Hildebrand nicht hinter Schloss und Riegel gesetzt, obwohl er mit dem Revolver in der Hand angetroffen wurde.

SPD. Seit zwei Wochen treibt das Berliner Naziorgan eine nicht mehr zu überbietende Mord- und Verleumdungshetze gegen führende Republikaner und Sozialdemokraten. So wurde am Mittwoch in dem Goebbelsblatt gesagt: Höltermann nehme allsonntäglich wie ein Pflingstochse die Parade der Eisernen Front ab, aber nicht mehr lange. Die Folge dieser Mordanfeuerung waren am gleichen Abend zwei Tote und fünf schwerverletzte Kommunisten, die nach einer Demonstration hinterrücks in Berlin von einem Nazischarfschützen abgeknallt worden sind.

Am Donnerstag wagen die Banditen in ihrem Blatt zu schreiben, die Täter seien Kommunisten oder Reichsbannerleute gewesen. Am gleichen Donnerstag teilt dieser "Angriff" seinen Lesern mit, Hitler habe einen Teil der Schriftleitung aus Berlin wegbeordert, zur Teilnahme am Propagandaflug des Oberosafs. Mit viel berechtigterem Grund glauben wir jedoch annehmen zu können, dass die verantwortlichen Redakteure aus der Mörderzentrale des "Angriff" feige die Flucht ergriffen haben, weil ihnen die Polizei auf der Spur ist.

Auf der Totenbahre liegen ihre Opfer, die Familienväter und Arbeiter. In den Zuchthäusern sitzen die aufgehetzten Schiesshelden. Die gutbezahlten Hetzer in den Schreibstuben der SA und in den Redaktionen ziehen Leine und überlassen die Opfer ihrer Pein. So war es im Krieg, so ist es im Bürgerkrieg!

SPD. Dessau, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

Die nationalsozialistische Regierung in Anhalt übt gegenüber der Eisernen Front eine unerhörte Beschränkung der Wahlpropaganda aus, die geradezu einer Unterbindung der Wahlfreiheit gleichkommt.

Zuerst sind die beiden sozialdemokratischen Zeitungen Anhalts mit Kopfblättern verboten worden, sodass 75 000 Wähler in Anhalt ohne ihre Presse sind. Am Donnerstag wurde eine mit dem Reichstagsabgeordneten Tempel-Ostfriesland als Redner vorgesehene Wahlkundgebung in Dessau zehn Stunden vor ihrem Beginn verboten mit der "Begründung", dass der Reichstagsabgeordnete Seger sie einberufen hätte. Allen Ernstes schreibt das Staatsministerium in seiner "Begründung", die Tätigkeit Segers stelle eine solche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit in Anhalt dar, dass alle von ihm einberufenen Versammlungen verboten werden müssten. Ebenso wurde eine am gleichen Tag angesetzte Wahlkundgebung in Rosslau mit Dr. Klotz als Redner verboten. Beide Kundgebungen wurden in Mitgliederversammlungen der Eisernen Front umgewandelt.

Angesichts der allen gesetzlichen Bestimmungen geradezu hohnsprechenden und unsinnigen Begründung und angesichts der unerhörten Parteiwillkür der Naziregierung wurde an den Reichsinnenminister folgendes Telegramm gesandt: "Sozialdemokratische Partei in Anhalt erhebt gegen völlige Unterbindung der Wahlpropaganda durch anhaltische Staatsregierung schärfsten Protest. Sämtliche sozialdemokratische Zeitungen für 75 000 Wähler sind für acht und zehn Tage

verboten. Soeben zwei Wahlkundgebungen Rosslau und Dessau verboten, weil Abgeordneter Seger sie einberufen hätte. In "Inhalt herrscht brutalste Parteilwillkür der Nationalsozialisten. Fordern sofortige Abhilfe, da, derartige Unterbindung der Wahlfreiheit zur Anfechtung der Reichstagswahlen führt."

SPD. Der Pariser Korrespondent des "Berliner Tageblattes" schreibt in der Donnerstag-Abendausgabe seiner Zeitung über Papen und Lausanne:

"Ich habe mich bemüht, durch Nachfragen in den verschiedensten Kreisen des französischen Bürgertums und der französischen Politik den Eindruck zu erkennen, welchen die Franzosen - Franzosen aus dem Durchschnitt und über dem Durchschnitt - von der Haltung der Deutschen während und nach Lausanne zurückbehalten haben. Die Antworten waren, bei Freunden und bei Gegnern der Verständigung, in der Hauptsache erschreckend einig. Mit ehrlicher Sorge muss ich gestehen, man ist in Deutschland wieder einmal dabei, das eigene Spiel zu verwirren und den Gegnern Trümpfe in die Hand zu spielen, auf welche sie selbst nicht mehr gehofft haben. Was war das Maximum, das ein deutscher Kanzler verlangen konnte, mochte er Brüning, von Papen oder, nehmen wir einmal das letzte Problem, Hitler heissen? Die volle Streichung der Reparationsschulden, die Anerkennung der Gleichberechtigung in politischen und militärischen Geschäften, der endgültige Verzicht Frankreichs auf die Beschuldigung des Artikels 231. Diese Forderungen mussten verteilt werden von einer Reichsregierung, die nach dem - vielleicht falschen, aber unzweifelhaft bestehenden - Urteil des Auslandes, sich auf die am wenigsten friedensfreundlichen Elemente stützt. Diese Feststellung soll keine Kritik an der Regierung von Papen sein, die ist einfach die Wiedergabe der Auffassung, die ein jeder aus dem Lesen der französischen Zeitungen oder im Gespräch mit französischen Bürgern zu erkennen vermag. Kann es denn anders sein? Es wirkt nicht beruhigend, wenn der Durchschnittsfranzose liest, dass ein nicht geringer Teil der vierhunderttausend Mann starken Hitlerarmee mit neuen Uniformen ausgestattet wird, während Millionen deutscher Arbeitsloser nichts zu essen haben. Es gibt kein Vertrauen zu einer friedlichen Entwicklung in Deutschland, wenn täglich aus deutschen Städten Schiessereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gemeldet werden und wenn eine auf die Reichswehr gestützte Regierung es zulässt, dass politische Agitationsreden mit der Ankündigung schliessen: "Gehängt wird doch!" ...Die Diskussion über die Abrüstung wird für jeden französischen Staatsmann, auch für einen Fanatiker des Friedens, durch die bestehende politische Konstellation im Reich erschwert. Als einem französischen Senator von einem deutschen Professor erklärt wurde, dass weder der Reichswehrminister noch der Kanzler Nationalsozialisten seien, war die Antwort eine verwunderte Frage: "Weshalb tun sie denn so?"

SPD. Brüssel, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

In Brüssel tagte am Donnerstag eine Nationalkonferenz des Bergarbeiterverbandes, die zu den Beschlüssen der paritätischen Kohlenkommission sowie zu der Entscheidung des Parlaments Stellung nahm. Die Konferenz endete mit der Annahme einer Entscheidung, in der es heisst, dass, obschon die Forderungen der Bergarbeiter bewilligt worden seien, die Arbeit in den Kohlengruben nur durch einen Beschluss des Generalrates der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften, der zu Freitag einberufen ist, wieder aufgenommen werden könne, weil sich andere Industriezweige aus Solidarität gegenüber den Bergarbeitern der Streikbewegung angeschlossen und besondere Forderungen aufgestellt haben.

Praktisch hängt die Beendigung der ganzen Streikbewegung jetzt vom Aus-

gang des Konfliktes in der Eisenindustrie ab, wo die Unternehmer trotz der Stimmung der Arbeiterschaft eine tarifvertragsmässige Lohnherabsetzung vornehmen wollen. Die Regierung scheint sich des Ernstes der Lage bewusst zu sein denn sie hat die Einberufung einer allgemeinen Konferenz von Delegierten der Unternehmer und Arbeiter aller Industriezweige beschlossen, um entsprechend dem vom Parlament ausgesprochenen Wunsch die Unternehmer zur Stabilisierung der gegenwärtigen Löhne zu bewegen.

Inzwischen hält die Streikbewegung unvermindert an. In Charleroi wurde eine deutsche kommunistische Journalistin namens Gertrud Elisabeth Wörtscher, 31 Jahre alt, verhaftet. In ihrem Hotelzimmer wurden Schriftstücke gefunden, aus denen sich ergeben soll, dass sie den Auftrag hatte, sich an der kommunistischen Bewegung in Belgien zu beteiligen.

SPD. Der Versuch der Nazis in Halle, sich der Verantwortung für das Kabinett der Barone und für die Hitlernotverordnung mit Hilfe einer einstweiligen Verfügung gegen die Wahrheit zu entziehen, ist kläglich gescheitert. Die einstweilige Verfügung ist durch Gerichtsbeschluss aufgehoben worden.

Was geschieht nun? Es findet sich in Halle ein Richter, der den Nazis ein neue einstweilige Verfügung gibt, die vollinhaltlich mit jener Verfügung identisch ist, die soeben durch Gerichtsbeschluss aufgehoben worden ist! Durch einstweilige Verfügung vom 9. Juli 1932 ist der sozialdemokratischen Halleschen Druckerei-Gesellschaft bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1000 Mark auf Antr. der Nationalsozialisten verboten worden, in irgendeiner Form folgendes zu behaupten:

- a) das Gericht habe in der einstweiligen Verfügungssache Jordan/Volksblatt ein vernichtendes Urteil gegen die Nazis gefällt,
- b) es bleibt also unumstössliche Wahrheit, dass: aa) die Salzsteuer eine Hitlersteuer sei, bb) die Baronsregierung von der Hitlerpartei unterstützt werde,
- c) es bleibt wahr: aa) dass es nach der Meinung von Hitler für das hungernde Volk noch zuviel Wohlfahrt gibt, bb) dass die Hitlerpartei die Partei der Reichen gegen die Armen sei, cc) dass die Naziführer den schlimmsten Betrug am werktätigen Volk verübt haben, dd) dass durch die Aufhebung der gerichtlichen Verfügung gegen das Volksblatt die Schuld der Naziführer einwandfrei festgestellt sei und dadurch die Volksbetrüger entlarvt seien.

Das ist eine feine Justiz! Die neue Verfügung verbietet sogar die Mitteilung einer gerichtsnotorischen Tatsache, nämlich die Aufhebung der ersten einstweiligen Verfügung! So kann das Spiel mit Hilfe der Justiz von Halle weitergehen!

Aber die Wahrheit dringt auch nach Halle, und die Wahrheit ist: Hitler ist verantwortlich für das Kabinett der Barone wie für die Hitlernotverordnung

SPD. Braunschweig, 14. Juli (Eig. Drahtb.)
In Wolfenbüttel bei Braunschweig herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände. Am Mittwoch abend veranstaltete die Eiserne Front einen Umzug, der durch Reichsbannerkameraden aus Braunschweig verstärkt war. Nationalsozialisten griffen den Zug mehrfach an und schossen aus dem Hinterhalt auf die Reichsbannerleute. Die Polizei von Wolfenbüttel ging trotzdem nur gegen die Reichsbannerleute vor. Das alarmierte Ueberfallkommando von Braunschweig brachte mit gezogenem und entsichertem Revolver zwei Hundertschaften des Reichsbanners nach dem Marktplatz, wo sämtliche Leute auf Waffen untersucht wurden. Am Donnerstag

wurden vom Schnellrichter 18 Teilnehmer der Demonstration zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Verteidiger der Reichsbannerkameraden, Rechtsanwalt Frank, wurde tätlich bedroht, ebenso der Gauführer des Reichsbanners Gniffke. Als die Bedrohten Einlass in die Landesstrafanstalt beehrten, wo sich die festgenommenen Reichsbannerleute befinden, wurden sie nicht eingelassen, trotzdem sie von einer Horde Nationalsozialisten bedroht wurden. Die Beamten schlugen vor den Angegriffenen das Tor zu und verweigerten jeden Schutz.

SPD. Paris, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Quai d'Orsay hat am Donnerstag-Mittag das in Lausanne zwischen Frankreich, England, Belgien und Italien abgeschlossene Gentleman Agreement veröffentlicht, in dem die Bedingungen für die Ratifizierung der Lausanner Abkommen festgelegt werden. Es lautet:

"Die Lausanner Abkommen treten erst endgültig nach den in ihnen vorgesehenen Ratifizierungen in Kraft. Was die Gläubigerregierungen betrifft, die das vorliegende Protokoll paraphiert haben, so wird die Ratifizierung nicht erfolgen, bevor nicht eine befriedigende Regelung zwischen ihnen und ihren eigenen Gläubigern erreicht worden ist. Sie werden alle Freiheit haben, ihren Parlamenten ihre Stellung auseinanderzusetzen. Aber keine bestimmte Bezugnahme auf die vorliegende Vereinbarung wird in dem Text des Abkommens mit Deutschland erwähnt werden. Wenn später eine befriedigende Regelung ihrer eigenen Schulden erfolgt ist, werden die unterzeichneten Gläubigerländer zur Ratifizierung schreiten, und das Abkommen mit Deutschland wird dann voll wirksam werden. Sollte aber die fragliche Regelung nicht zustandekommen, so wird das Abkommen mit Deutschland nicht ratifiziert werden. Auf diese Weise wird eine neue Lage geschaffen und die interessierten Regierungen werden sich dann darüber zu verständigen haben, was sie tun sollen. In diesem Falle würde die gesetzliche Lage aller interessierten Regierungen die sein, die vor dem Hoover-Moratorium bestanden hat. Der deutschen Regierung wird von dieser Vereinbarung Mitteilung gemacht werden."

Ausserdem hat der Quai d'Orsay einen auf dieses Abkommen bezüglichen Brief des englischen Schatzkanzlers Chamberlain an den französischen Finanzminister Germain Martin veröffentlicht, in dem die englische Regierung bedauert, dass keine allgemeine Streichung der Reparationen und Kriegsschulden erreicht und unter diesen Umständen keine gesetzliche Massnahme in bezug auf die Abänderung des französisch-englischen Schuldenabkommens getroffen werden konnte. Die englische Regierung sei jedoch damit einverstanden, dass die am 16. Juni verkündete Zahlungseinstellung auch auf die französischen Kriegsschuldenzahlungen bis zur Ratifizierung des Lausanner Abkommens angewandt wird. Sollten die Abkommen nicht ratifiziert werden, so würden die englische und die französische Regierung gemeinsam die neu geschaffene Situation prüfen.

SPD. Philipp Scheidemann bittet um Abdruck folgender Zeilen:

Die Zahl der Forstbeamten aller Grade, die sich in jüngster Zeit bei mir um eine Stellung für meine "Wälder in Ungarn" bewerben, wird immer grösser. Um arme Teufel, die stellenlos sind, vor unnützen Ausgaben zu bewahren, fasse ich noch einmal - auch auf Wunsch vieler Vertrauensleute im Lande - kurz zusammen, was wiederholt vor früheren Wahlen (seit 1920) in der Presse festgestellt worden ist:-----

Alles, was von politischen Gegnern über meine Besitzungen geheim getuschelt, öffentlich geredet, oder gar schwarz auf weiss gedruckt wird, ist

(leider!) Schwindel von A bis Z. Ich besitze weder in Deutschland, noch in der Schweiz, weder in Holland noch in Dänemark, weder in Schweden oder Norwegen, noch in Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei, oder in irgend einem anderen Lande der Welt, Pferde oder Automobile, Wälder oder Felder, Güter, Häuser oder Villen. Ich wiederhole frühere öffentliche Auslobungen in aller Form: wer derartigen Besitz, der angeblich mir gehört, irgendwo entdeckt, dem schenke ich ihn hiermit.

SPD. In einer Hamburger Naziversammlung spendete sich, und seinen Recken, der preussische Landtagspräsident Kerrl folgenden Weihrauch:

"Die nationalsozialistische Preussenfraktion hat bewiesen, dass sie über die Köpfe verfügt, um regieren zu können. Ich glaube, ich habe selbst im Landtag den Beweis erbracht, dass ich dort zu regieren verstehe, und ich glaube, ebensogut und sogar noch besser als mein Vorgänger."

Dazu ist zu bemerken:

1) Der sozialdemokratische Abgeordnete Kuttner hatte anlässlich der entsetzlichen Ermordung des schlesischen Landarbeiters Bassy durch Nationalsozialisten in einer kleinen Anfrage auf das "rohe Verhalten" des Richters gegenüber der Frau des bestialisch Ermordeten hingewiesen. Kerrl liess die Anfrage Kuttners nicht zu, weil sie den Ausdruck "rohes Verhalten" enthielt.

2) Einige Tage später kam eine Nazianfrage, in der der Polizei "viehische Untat" vorgeworfen wurde. Das hat derselbe Kerrl durchgehen lassen.

3) Derselbe Kerrl erbrachte den Beweis seiner Fähigkeit eines Landtagspräsidenten, dass er die Anfrage annahm und drucken liess, die der Frau des Berliner Polizeivizepräsidenten ohne den Schimmer eines Beweises Ehebruch vorwarf und ihren Ehegatten als ausgehaltenen Zuhälter darstellte. Diese in der Tätigkeit eines Parlamentspräsidenten beispiellose Niedertracht kennzeichnet die "Nazi-Köpfe", von denen Kerrl sprach, ebenso, wie es seine eigene Tüchtigkeit und Gesinnung illustriert.

Am Donnerstag verhandelte ein Berliner Landgericht über die Schadenersatzklage des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Jürgensen, der am 25. Mai, bei der Nazikeilerei gegen die Kommunisten, schwer verwundet worden ist. Jürgensen macht den Präsidenten Kerrl als ersten Beamten des Landtages, und damit den Staat ersatzpflichtig, weil Kerrl alles unterlassen hat, den Exzess zu verhindern und ebenso die spätere Namensfeststellung der Täter. Der Prozess wurde auf den Oktober vertagt.

Kerrl würde besser tun, mit seinem Pg. Prinz Auwi zu sagen, als dieser in einer Potsdamer Versammlung redete: "Man behauptet von uns, wir hätten keine Köpfe! Wir brauchen auch keine, denn wir haben ja den grössten Kopf: Adolf Hitler!" Und um den beneiden wir die Nazioten wahrhaftig nicht.

SPD. Paris, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

Herriot und Paul Boncour reisen am Sonnabend-Abend nach Genf, um an der Diskussion über die Entschliessung teilzunehmen, die den ersten Teil der Abrüstungskonferenz abschliessen soll. In Anbetracht dieser Debatte hatte Herriot am Donnerstag lange Unterredungen mit dem Vizepräsidenten des Obersten Kriegsrates, Weygand, dem Chef des Generalstabes Gamelin sowie mit den Ministern Paul Boncour, Leygues und Painlevé.

SPD. Genf, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Vertagung der Abrüstungskonferenz ist durch die neue franko-englische Entente zu einem vorläufigen Endkampf um die Behauptung der abrüstungsfeindlichen Positionen gegen den verstärkten Ansturm der auf greifbare Massnahmen drängenden Länder geworden. Es zeigte sich bereits wenige Stunden nach dem am Mittwoch gefassten Beschluss, dass der Optimismus des Büros verfrüht war. Jetzt ist die Situation gespannter und unsicherer denn je.

Zu der Entschliessung des Berichterstatters Benesch sind von Deutschland sehr konkrete Erweiterungsvorschläge eingegangen mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit einer Zustimmung, wenn in der abschliessenden Resolution nicht die Gleichberechtigung aller Staaten und ziffernmässig bestimmte Rüstungsherabsetzungen bezw. völlige Abschaffung der Militärfliegerei, der Tanks und der schweren Artillerie enthalten seien.

Russland hat gleichfalls schriftlich erklärt, dass es keine Entschliessung annehmen könne, in der nicht mindestens noch zu den vorhandenen Vorschlägen enthalten seien: 1. quantitative Herabsetzungen aller Rüstungen um ein Drittel mindestens bei der ersten Etappe, mit Ausnahme der kleinen Länder und der durch Verträge abgerüsteten Staaten, 2. völlige Abschaffung aller Bombenflugzeuge und jeder Art von Tanks, 3. Begrenzung der schweren beweglichen Landartillerie auf höchstens 10 Centimeter Kaliber und Herabsetzung des Kalibers der Kriegsschiffe entsprechend dem der Küstenartillerie, 4. Auftrag an das Büro, während der Vertagung praktische Vorschläge für die Anwendung des Prinzips der Herabsetzung um ein Drittel auf die Kriegsflotten auszuarbeiten.

Auch Amerika drängt mit Italien zusammen stark auf weitgehende Berücksichtigung der Hoover-Vorschläge. Frankreich hat eine Gegenentschliessung ausgearbeitet, die jeder wirklichen Entscheidung auszuweichen sucht und England wünscht plötzlich eine private Staatsmännerbesprechung. So musste das Präsidium die schon auf Sonnabend einberufene Generalkommission wieder auf Anfang nächste Woche vertagen. Man rechnet z. Zt. mit einer Weiterarbeit bis zum 23. Juli.

SPD. Paris, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

Von den 131 Mitgliedern der sozialistischen Kammerfraktion haben, wie sich nach den Stimmerichtigungen herausgestellt hat, bei der Abstimmung über die Finanzvorlage vier für die Regierung gestimmt, und zwar Frot, Besnard-Ferron, Camboulires und Ramadier. Ausserdem haben sich die Abgeordneten Varanne und Lebret der Stimme enthalten. Sämtliche sechs Abgeordnete sind persönliche Freunde Paul Boncours. Von zwei Parteiverbänden liegen bereits Anträge auf Ausschluss der sechs Abgeordneten aus der Fraktion und der Partei vor. Die sozialistische Fraktion wird sich am Sonnabend mit dem Verhalten der sechs beschäftigen.

SPD. Bonn, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

Vor drei Jahren wurde der Arzt Dr. Richter vom Schwurgericht in Bonn zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, weil er für schuldig befunden wurde, seine Geliebte, die geschiedene Frau Mertens aus Bonn, vergiftet zu haben. Dr. Richter, der nie aufgehört hat, seine Unschuld zu beteuern, hat jetzt den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt. Er macht nach wie vor die Wahrscheinlichkeit eines Selbstmordes der Frau geltend und betont, dass ein einwandfreier Beweis für eine Vergiftung mit Strophantin, die ihm zur Last gelegt wird, auch von den Sachverständigen im Prozess nicht erbracht worden sei.

SPD. Rom, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

Die italienische Regierung wird die Einladung Englands und Frankreichs zu dem Pakt zwischen den europäischen Grossmächten annehmen. Die faschistische Presse äussert die Hoffnung, dass auch Deutschland unverzüglich der Einladung folgen werde.

SPD. Trier, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

Der von Nationalsozialisten erschossene Reichsbannermann Moeschel, ein Drucker des sozialdemokratischen Verlags in Trier ist, wie die ärztliche Untersuchung und Zeugenaussagen ergeben haben, förmlich abgeschlachtet worden. Ausser Schlagverletzungen hat er nicht weniger als 5 Schüsse erhalten. Als er bereits schwerverletzt am Boden lag, schoss eine der vertierten Unterweltbestien dem völlig Wehrlosen mit aufgesetzter Pistole noch in den Leib. Auch ein Halsschuss muss aus nächster Nähe auf den am Boden liegenden Moeschel abgefeuert worden sein.

Als der Bruder Moeschels den Schwerverletzten in ein nahegelegenes Haus bringen wollte, versuchte man ihn mit Gewalt daran zu hindern. Man schlug und stach auf ihn ein, dass er erhebliche Verletzungen am Kopf davontrug.

SPD. Schwerin, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag-Vormittag verlas der neue Nazi-Ministerpräsident, Goebbels Schwager Gutsbesitzer Granzow, im Schweriner Landtag etwa 10 Minuten lang eine Regierungserklärung. Nach einigen Phrasen sprach er über die Not der Grosslandwirtschaft. Zur Arbeitsdienstpflicht erklärte er, dass sie zur Verbesserung der Lage des Mittelstandes gründlich angefasst werden sollte. Eine Staatsdomäne soll für Schul- und Lehrzwecke bereitgestellt werden. Gegen die Vergiftung der Volksmeinung durch Wort und Schrift und gegen Störung von Ruhe und Ordnung solle mit bewaffneter Macht eingeschritten werden.

In der Aussprache sagte der Fraktionsführer der Sozialdemokraten, Abg. Moltmann, den Nazis, dass ihnen die Hilfe der SPD bei der Durchführung einer Anzahl von Punkten ihrer Regierungserklärung sicher sei, aber wahrscheinlich würden sie es damit ebensowenig ernst nehmen wie in den drei Jahren vorher, in denen sie die alte Regierung stützten. Bei der Rede des Abgeordneten Moltmann kam es wiederholt zu Lärmszenen.

SPD. Hamburg, 14. Juli (Eig. Bericht)

Im Hamburger Zuckerschiebungsprozess wurde am Donnerstag der Grosskaufmann Stiefel zu 6 Jahren 6 Monaten Gefängnis, zu 14 300 000 Mark Geldstrafe und zu 17 936 000 Mark Wertersatz verurteilt. Stiefel war der fortgesetzten Zuckersteuerhinterziehung, des fortgesetzten Betrugens, der Anstiftung zur Untreue, der Unterschlagung, der gewinnsüchtigen Urkundenfälschung und des betrügerischen Bankrotts für schuldig befunden worden. Lagerhalter Lipp erhielt 4,9 Jahre Gefängnis, eine Geldstrafe von 6,7 Millionen Mark und 8,940 Millionen Mark Wertersatz zudiktirt. Lagerhalter Krause bekam drei Jahre Gefängnis. Weitere 15 Angeklagte erhielten kleinere Gefängnisstrafen und eine Geldstrafe von insgesamt 29 959 000 Mark. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Die verhängten Freiheits- und vor allem die phantastisch hohen Geldstrafen machen noch einmal der Öffentlichkeit deutlich, dass die Hamburger Zuckerschieber, durch die eine Anzahl Gläubiger um insgesamt 20 Millionen Mark be-

trogen wurden, sich den bekanntesten Gaunern dieser Zeit würdig beigesellt haben. Genau wie im Falle Lahusen ist auch hier in den Namen des sogenannten "ehrbaren Kaufmanns" viel zu viel Vertrauen gesetzt worden. Steuerbehörden, Zollämter, Bankinstitute und Zuckerraffinerieen müssen ihr Vertrauen bitter büßen.

SPD. Paris, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Metallarbeiter von Dünkirchen haben in einer von dem dortigen Gewerkschaftsverband einberufenen Versammlung einstimmig beschlossen, am Freitag in den Streik zu treten, da die Arbeitgeber eine Herabsetzung des Teuerungszuschlags um 20 bis 40 Centimes pro Stunde und ausserdem eine Verringerung der Prämie für schmutzige Arbeiten um 10 Centimes pro Stunde beschlossen haben. Alle Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber über eine annehmbare Kompromisslösung sind gescheitert.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Reichspräsident von Hindenburg empfing am Donnerstag den Reichskanzler von Papen zum Bericht über die Lausanner Verhandlungen. Nach Entgegennahme des Vortrags sprach der Herr Reichspräsident dem Reichskanzler seinen Dank für die in Lausanne geleistete Arbeit aus und bat, diesen Dank auch den anderen Mitgliedern der Delegation zu übermitteln. Hieran schloss sich ein gemeinsamer Vortrag des Reichskanzlers und des Reichsministers des Innern über innerpolitische Fragen."

SPD. Paris, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der Republik hat aus Anlass des Nationalfeiertages die Strafen von 197 verurteilten Soldaten herabgesetzt. Kürzlich hat der Präsident gelegentlich seines ersten Empfangs im Pariser Rathaus 320 Soldaten begnadigt.

SPD. Saarbrücken, 14. Juli (Eig. Drahtb.)

In einem vom 12. Juli 1932 datierten streng vertraulichen Informationsschreiben der Reichsleitung der Nazis an ihre Parteiblätter verrät der Nationalsozialismus seine ungeheure Angst vor den Enthüllungen, die ihm infolge seiner Abmachungen mit der Papen-Regierung drohen. In diesem streng vertraulichen Informationsschreiben wird folgendes verfügt:

1. Die Lausanner Ergebnisse unter allen Umständen rundweg abzulehnen und den Dreh gegenüber der anfänglichen Haltung der Nazis so zu finden, dass man dem Reichskanzler von Papen die richtige Einsicht am Anfang der Konferenz zuspricht, dann aber von ihm feststellt, dass er "unter der zermürbenden Taktik der Franzosen allmählich weich geworden sei".
2. Schärfstens Stellung zu nehmen gegen die inflationistische Bemerkung Hitlers in seiner Berchtesgadener Rede, "nach einem halben Jahre wäre der Lausanner Vertrag keine drei Mark mehr wert". Die Nazipresse wird strengstens verpflichtet, sich in der Öffentlichkeit gegen alle Auslegungen dieser Rede zu wenden, die mit Recht folgern, dass Hitler die Absicht habe, nach der Machtübernahme eine neue Inflation durchzuführen. Wie sehr Hitler das fürchtet, geht aus folgender Bemerkung des Schreibens hervor: "Es darf unter keinen Umständen gelingen, dass der Gegner in den nächsten Wochen im deutschen Volke noch einmal die aus dem ersten Präsidentenwahlkampf bekannte und so gefährliche

Psychose einer kommenden Inflation verbreiten kann".

3. Schärfstens propagandistisch vorzugehen gegen die "rote Mordgefahr". Es wird die Anweisung gegeben, "einzelne Mordfälle an SA-Männern in epischer Breite darzustellen". Es heisst dann weiter: "Es muss erreicht werden, dass das ganze Land die Kommunistische Partei als eine unmittelbar drohende Gefahr erkennt und mehr denn je den Willen kundtut, dass diese Gefahr mit allen Mitteln beseitigt wird."

Nur für unsere Funkabonnenten!

Die Redaktionen, die bisher auf unsere Rundfunk-Rundfrage vom 2. Juli noch nicht geantwortet haben, werden nochmals dringend um schnellste Beantwortung der Rundfrage ersucht. Antworten mit Wünschen, die nach dem 16. Juli, mittags 12 Uhr eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

E R S C H E I N T N A C H Z E I T U N G

Der Wahrspruch des Kabinetts der Barone.

SPD. Dieser Wahrspruch des Kabinetts der Barone soll nicht untergehen:
Papen firmiert
Schleicher regiert
Hitler diktiert!

Das Wort sitzt! Wenn das Kabinett der Barone weggefegt sein wird, so wird in sechs Wochen dieser Wahrspruch alles sagen, was über das Kabinett der Barone zu sagen war!

Achtung! Achtung! Wir sind militärisch!

Naziklagges in Braunschweig hat der Eisernen Front eine Demonstration in Braunschweig verbieten wollen mit der Begründung, dass nur noch Aufmärsche militärischer Organisation gestattet würden. Das Reichsbanner darf demonstrieren. Also hat die Ortskampfleitung des Reichsbanners Schwarz=Rot=Gold die folgende Parole ausgegeben:

Das Reichsbanner Schwarz=Rot=Gold, die militärähnliche Organisation der Eisernen Front marschiert. Genehmigung ist vorhanden. Diejenigen, die sich bisher keine Uniform beschaffen konnten, marschieren, um eine uniformähnliche Bekleidung zu erhalten, in hellem Hemd mit Hose mit Handstock (geschultert).

Die Aufstellung für den Umzug des Reichsbanners mit sämtlichen militärähnlichen Unterabteilungen erfolgt nach folgendem Plan:

1. Staffel: Hundertschaft.
2. Staffel: Jungreichsbanner mit den Korporalschaften des freien Jugendkartells und der SAJ.
3. Staffel: 13. - 16. Kameradschaft mit allen Korporalschaften der Partei, Reichsbannerreserve I.
4. Staffel: 1. - 4. Kameradschaft mit allen Korporalschaften des ADGB, Reichsbannerreserve II.
5. Staffel: 5. - 6. Kameradschaft mit allen Korporalschaften des Sportkartells, Reichsbannerreserve III.
6. Staffel: 9. - 12. Kameradschaft.

Unter der Skizze des Aufmarschplanes steht gross: Wir sind militärähnlich!

Wie wird Ihnen, Herr Klagges? Wenn Sie befehlen, ziehen wir die Uniform an und werden militärähnlich! Wir können auch Korporalschaften bilden! Wir werden sogar sehr militärähnlich, denn unsere Disziplin kann kein Militär übertreffen! Und eines Tages werden wir kommandieren: Klagges, Hitler und Genossen weggetreten!

Hitlers Hotelschulden.

Der Prozess um Hitlers Rechnung im feudalen Hotel Kaiserhof in Berlin steht oberfaul für die Nationalsozialisten. Die bekannte Kaiserhofrechnung zeigt, dass die Herrschaften nicht schlecht zu leben verstehen. Das haben sie immer verstanden. Diesmal haben sie wenigstens die bekannte Kaiserhofrechnung bezahlt! Früher haben sie es damit anders gehalten. Das "Rosenheimer Tagblatt"

in Bayern veröffentlicht folgende Zuschrift:

"In Rosenheim wohnt eine brave und rechtschaffene Frau, die früher längere Zeit in einem Münchener Hotel als Zimmermädchen angestellt war. In den Tagen des Hitlerputsches suchten in diesem Hotel auch Adolf Hitler und einige seiner Getreuesten Unterkunft und Verpflegung. Da die Herrschaften damals schlecht bei Kasse waren, blieben sie dem Rosenheimer Zimmermädchen einen größeren Betrag schuldig, versprachen aber diesen alsbald zurückzuzahlen. Inzwischen sind fast zehn Jahre ins Land gezogen. Hitlers liess nichts mehr hören und verschiedene Monierungen des einstigen Zimmermädchens beim Münchener Parateibüro blieben erfolglos. Das Braune Haus reagierte nicht im mindesten auf die zahlreichen Mahnschreiben. Wenn auch die Forderung schon längst verjährt ist, so wäre es doch ein Akt des Anstandes gewesen, diesem Zimmermädchen, das seine Groschen sauer genug verdienen musste, den geschuldeten Betrag zurückzubezahlen."

Nobel, nicht wahr! Aber die Herrschaften können ihre Schulden von damals, die sie bei einem Zimmermädchen gemacht haben, nicht bezahlen. Sie brauchen ihr Geld, um ihre Kaiserhofrechnungen begleichen zu können!

Nieder mit den Vätern!

Der nationalsozialistische "Angriff" in Berlin hat einen Tobsuchtsanfall erlitten, weil ein Junge, der sich ohne Genehmigung seines Vaters bei den Hitlerbanden herumtrieb, wegen einer ausgesuchten Frechheit eine gehörige Tracht Prügel von seinem Erzeuger erhalten hat. Das nationalsozialistische Blatt nimmt sich des Hosenbodens des Jungen an und schreit nach dem Dritten Reich gegen den barbarischen Vater:

"Es müssten Mittel und Wege gefunden werden, Kinder vor derart barbarischen und erziehungsunfähigen Vätern zu schützen, die aus parteipolitischer Verblendung ihre Kinder misshandeln und solchen Eltern notfalls die Erziehungsberechtigung abzuspochen".

Siehe da, die Sprache des Pubertätsalters! Dieser Schrei gegen die Väter enthüllt mehr über das wahre Wesen des sogenannten Nationalsozialismus der Jugend als die Verfertiger des nationalsozialistischen Blattes selber ahnen. Unreife sprechen für Unreife zu Unreifen!

Sie wollen gelb sein.

Das Hugenberg-Blatt in Bayern hat entdeckt, dass die Personenautos der Reichspost in Bayern politisch angestrichen sind. Sie sind nämlich nicht wie früher die Omnibusse der alten königlichen bayerischen Post gelb angestrichen, sondern schwarzrot. Das hat seinen guten Grund. Der Anstrich soll auf den Gebirgsstrassen die Wagen sichtbar machen. Bei Hugenberg aber hat man gefunden, dass die bayerischen Personenautos der Reichspost Symbole des schwarzroten Systems seien. Man will, dass sie anders angemalt werden. Wie sollen sie angestrichen werden? Gelb natürlich!

Die Sehnsucht der Hugenberger geht nun einmal auf das Gelbe und die Gelben!

aus aller Welt

Im Garten Eden.

Die Insel in der Wirtschaftskrise - Obstbau mit Weltanschauung - Vegetarische Hunde.

SPD. Zur Zeit findet der VIII. internationale Vegetarierkongress in der "Kolonie Eden" bei Oranienburg statt. Unser Mitarbeiter schildert hier einen Besuch in dieser merkwürdigen Siedlung, in der sich wirtschaftliche und philosophische Momente zum Aufbau einer interessanten Gemeinschaft zusammengefunden haben.

Fast möchte man diese neunhundert Menschen beneiden, die so glücklich und zufrieden ihren Quadratkilometer bewohnen, unberührt von allem Tumult der Zeit dessen europäisches Zentrum Berlin sich nur dreissig Kilometer entfernt befindet.

Ein Paradies - so schildert uns Herr Karl Bartes, Betriebsleiter der Obstbausiedlung Eden, diese Kolonie. Sie ist kein Experiment aus jüngster Zeit, sondern blickt auf das stattliche Alter von etwa 40 Jahren zurück. Damals gründeten 18 Berliner Vegetarier eine Genossenschaft, die Land bei Oranienburg erwarb und einen "Staat im Staate" schaffen wollte, wirtschaftlich möglichst autark und unabhängig von der Aussenwelt, um als Selbstversorger ihre Reformideen restlos durchführen zu können. Den Grundstock sollte der Obstbau bilden. Schon das Wagnis, auf dem schlechten Sandboden der Mark Edelobst anzubauen, zwang die Beteiligten zu intensivster Anstrengung; dazu kam, dass diese 18 Leute durchwegs "Intellektuelle" waren, an Körperarbeit nicht gewöhnt. Es dauerte nicht lange, bis das Fiasko eintrat und das Experiment zu scheitern schien. Da tauchte als Rettungengel ein Landwirt auf, der das ganze Unternehmen nach fachmännischen Gesichtspunkten reorganisierte.

Das Werk geriet gut und wurde dauerhaft. Eden überstand Krieg und Inflation, Not und Krise. Aus den 18 Köpfen wurden 900. 230 Häuser entstanden, geeint unter dem Edener Wappen: drei Bäume, die Grundpfeiler der Edener "Verfassung": Lebensreform, Bodenreform, Genossenschaftlichkeit. Bodenreformerische Ideen sind hier - wohl zum ersten Mal in grösserem Umfang - verwirklicht worden; die Genossenschaft ist Eigentümerin des Bodens, den sie an die Siedler für 1 Pfennig pro Jahr und Quadratmeter verpachtet. Was auf dem Boden des Siedlers wächst, ist sein Eigentum. Er kann seine Produkte selbst verkaufen oder durch die Genossenschaft, deren Mitglied er ist, verkaufen lassen. Was der Edener nicht selbst für den Haushalt braucht oder an Händler verkauft, wird von der Genossenschaft auf verschiedene Arten verwertet: es werden in zwei eigenen Fabriken Obstsaft, Marmeladen, Pflanzenbutter hergestellt, die unter den Vegetariern in Deutschland und dem Ausland recht beliebt sind. Der Umsatz ist dementsprechend gross; er betrug im letzten Jahr etwa 4 Millionen Mark. Damit ist natürlich die Idee der Edener Autarkie schon durchbrochen; denn die Existenz der Siedlung ist vom "Export" in die Aussenwelt abhängig.

Die Finanzierung der Kolonie ist Aufgabe der Edener Siedlungsbank, deren Struktur sich ein wenig an währungsreformistische Gedanken - nicht zuletzt an

Silvio Gesells gefährliche "Wära" - anlehnt. Jeder Siedler hat 300 Mark Einlage aufzubringen und haftet für die Genossenschaft, die dafür wieder erwerbslos gewordene Siedler - die meisten arbeiten ausserhalb Edens - unterstützt. Eden bildet also in vielen Beziehungen tatsächlich einen "Staat im Staate" mit eigener Organisation, Verfassung, Verwaltung. Oft genug kommen Interessenten aus Regierungs- und Wirtschaftskreisen, um die Struktur der Kolonie zu studieren.

Am schärfsten betont wird die Eigenstaatlichkeit durch die Lebensreform, der sich jeder Edener zu unterwerfen hat. Hauptpunkt ist der Vegetarismus. Herr Bartes versichert uns, dass er seit 30 Jahren, sein Kind noch niemals einen Bissen Fleisch im Munde gehabt habe. Sogar die Tiere der Kolonie müssen sich dem Gesetz ihrer Herren fügen: - die Edener Hunde sind Vegetarier; sicher nicht aus Überzeugung, und ob sie sich in unbewachten Augenblicken Fliegen fangen, mag dahingestellt bleiben. Die Fleischnot hat erfinderisch gemacht: es gibt "Pflaunzenwurst" und "Pflanzenfleisch".

Zweiter Hauptpunkt ist die Abstinenz. Eden ist die erste trockene Gemeinde Mitteleuropas. Auch der Tabak ist verpönt, und in den Edener Versammlungen sieht man weder schäumendes Bier noch glühende Zigarren. Auf diese "naturgemässe Lebensweise" führen die Edener ihre Bevölkerungsstatistik zurück - sie haben tatsächlich die geringste Säuglingssterblichkeit Europas, nämlich 3,1 %; Berlin zählt 8,5 %.

Fine politische Bindung hält die Verfechter dieser Edener Weltanschauung nicht zusammen. Alle Parteien sind vertreten, aber zu irgendwelchen Reibereien ist es noch nicht gekommen. Etwa 160 verschiedene Zeitungen und Zeitschriften werden gelesen, sämtliche Religionen und unzählige Sekten sind vertreten. Ebenso bunt ist die soziale Schichtung: reiche und Arme, Kapitalisten und Proletarier, Akademiker und Handwerker sind in Eden zu finden. In allen lebenswichtigen Fragen aber stehen sie zusammen, Vorrechte gibt es nicht, auch nicht für die Mitglieder der Verwaltung.

Es scheint also recht verlockend, dieses Paradies Eden, das seinen Namen mit Recht tragen darf. Das Gelübde der Fleisch-, Alkohol- und Rauchkeuschheit mag kein allzu grosses Opfer sein gegenüber den wirtschaftlichen Vorteilen, die dem Edener geboten werden.

Aber überlegt man etwas weiter, so zeigt sich, dass diese Insel in der Krise eben nur deshalb eine Insel ist, weil eine begrenzte Zahl von Menschen die Genossenschaft bilden. Würde Eden da und dort kopiert werden, würden sich andere Genossenschaften mit gleicher Arbeitsweise bilden - sofort wäre es zu Ende mit der Sonderstellung dieses Staates im Staate, und die Konkurrenzunternehmen würden auch hier die Menschen aus dem Garten Eden vertreiben. Auf andere Produktionszweige als den Gartenbau wird sich jedoch das Edener Experiment kaum ausdehnen lassen. Es ist nicht mehr als ein interessanter Sonderfall, ein für nur Wenige gangbarer Seitenweg aus der Krise. Die grosse Masse braucht breitere Strassen.

L.

Leichenfund. Auf den Elbwiesen bei Wolmirstedt (nahe Magdeburg) wurde der Leichnam des seit einem halben Jahr vermissten Direktors der Wernigeroder Bank für Handel und Gewerbe, Michael, in stark verwestem Zustand gefunden. Allem Anschein nach hat sich Michael nach der Insolvenzerklärung des von ihm geleiteten Instituts in der Elbe ertränkt. Mit dem Frühjahrhochwasser wird die Leiche an Land getrieben worden sein.

50 000 Mark-Gewinn. In der vierten Klasse der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie entfiel auf das in Württemberg und Bayern gespielte Los Nr. 279 354 ein Gewinn von 50 000 Mark. Das Los wird in beiden Abteilungen in Achteineln gespielt.

Brandstifterurteil. Vom Schöffengericht Stargard wurde ein Melker, der aus Rache den Kuhstall seines früheren Arbeitgebers in Brand gesteckt hatte, zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

+ + +
Verkehrsunfall. Auf dem Berliner Vorortbahnhof Westend stiess am Donnerstag Nachmittag aus noch nicht genau geklärter Ursache ein Stadtbahnleerzug gegen einen vollbesetzten Stadtbahnzug. Ein Zugführer wurde schwer verletzt; sechs Fahrgäste erlitten leichtere Verletzungen.

+ + +
Dividendenbier. Die Aktienbrauerei Klatau (Tschechoslowakei) hat in diesem Jahr an ihre Aktionäre statt der üblichen Dividende auf jede Aktie 1000 Liter Flaschenbier abgegeben.

+ + +
Salaban-Prozess. Am 29. Juli beginnt vor der Grossen Ferienstrafkammer des Landgerichts II Berlin der Prozess gegen das Falschmünzerehepaar Salaban.

+ + +
Der Naziprinz. Der unter dem Verdacht der Devisenschlebung auf Veranlassung der Berliner Zollfahndungsstelle festgenommene Viktor Salvator Prinz von Isenburg ist der Sohn einer österreichischen Erzherzogin. Er steht der NSDAP nahe.

+ + +
Flugzeugabsturz. Bei St. Etienne (Frankreich) stürzte ein französisches Militärflugzeug ab. Die beiden Piloten wurden getötet.

+ + +
Zwanzig Kinder zertreten! In Talcahuano (Chile) brach in einem Kino während einer Kindervorstellung Feuer aus. Bei der panikartigen Flucht der Zuschauer wurden 20 Kinder zu Boden gerissen und buchstäblich zu Tode getreten. 40 Kinder erlitten Verletzungen.

+ + +
Eine Bestie. In dem Bukarester Stadtteil Colentina wurde eine aus Siebenbürgen stammende Ungarin Maria Nagy von der Polizei verhaftet, weil sie ihren Mann länger als ein Jahr in einem Käfig gefangen gehalten und unmenschlich gequält hat. Nagy, der von Beruf Maurer war, wurde vor zwei Jahren infolge einer starken Erkältung arbeitsunfähig. Eine Gliederlähmung fesselte ihn schliesslich ganz ans Bett. Seine Frau ging nun mit einem Untermieter ein Liebesverhältnis ein, das sie dem Kranken nicht einmal verheimlichte. Als Nagy eines Tages Einspruch erhob, wurde er von seiner Frau und ihrem Liebhaber so furchtbar geschlagen, dass er taub wurde. Schliesslich sperrte das bestialische Weib den Mann in einen von ihrem Liebhaber hergestellten Käfig ein, wo sie ihn im buchstäblichen Sinne des Wortes lebendig verfaulen liess. Fast dreizehn Monate lang lag der Kranke in seinem Verliess, Nahrung bekam er selten, umso mehr aber Prügel. Erst als die Polizei durch eine Anzeige auf die Vorgänge in der Wohnung Nagys aufmerksam wurde, konnte der unglückliche Mann, in Lumpen gehüllt von Ungeziefer zerfressen und halb vertiert und verhungert aus seinem furchtbaren Gefängnis befreit werden. Als die Polizei die Frau und ihren Geliebten abführte, musste sie grosse Anstrengungen aufbieten, um die beiden Unmenschen vor der Lynchjustiz der empörten Menge zu schützen.

+ + +
Batas Beerdigung. In Zlin (Mähren) wurde am Donnerstag der durch Flugzeugunglück ums Leben gekommene tschechische Schuhkönig Theodor Bata unter grosser Beteiligung der Bevölkerung bestattet. Der tschechische Ministerpräsident Udrzal und mehrere Kabinettsmitglieder nahmen an den Trauerfeierlichkeiten teil.

+ + +
Erdbebenkatastrophe. Die mexikanische Stadt Autlan wurde durch ein schweres Erdbeben vollkommen zerstört.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Wollt ihr Zwangsarbeit?

SPD. Hitler trompetet von den Plakatsäulen und aus seinen Hetzblättern, er wolle den deutschen Arbeiter von "Sklaverai und Bonzentyrannie" befreien. Hitlers Freiheit ist schon jetzt in Sicht. Sie beginnt mit der Arbeitsdienstpflicht, die unter dem Kommando der SA nichts anderes sein kann als Zwangsarbeit. Das Reichskabinett hat die neue Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst verabschiedet. Am Sonnabend wird sie der Reichsrat zur Kenntnis nehmen. Danach kommt sie zur Veröffentlichung. Die Regierung der Hitlerbarone hat nur eine Erweiterung des Freiwilligen Arbeitsdienstes vorgenommen. Sie konnte Hitlers Forderung, die Arbeitsdienstpflicht einzuführen, noch nicht erfüllen, weil es ihr im Augenblick an Geld fehlt. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben.

Wohin die Reise gehen soll, verraten verschiedene durch die Presse laufende Mitteilungen, wonach es ein Irrtum sei, anzunehmen, dass Träger der Arbeit nur gemeinnützige Vereinigungen sein könnten. Vielmehr sollten alle Vereinigungen, die Gruppen von Arbeitsdienstwilligen erfassen, Träger der Arbeitsdienstpflicht sein können, also auch politische Gruppen. Auch handle es sich bei der neuen Verordnung nicht um eine abschliessende Regelung, vielmehr wolle man weiter beschleunigt die Voraussetzungen und Formen einer Arbeitsdienstpflicht prüfen.

Ganz Deutschland eine Kaserne - an dieser Vorstellung berauscht sich alles, was der Hitlerpsychose verfallen ist, und da kein Unsinn in Deutschland kolportiert werden kann, ohne dass sich nicht auch prominente Wirtschaftsführer dafür begeistern, haben es nun auch die Ruhrkammern für richtig gehalten, für die Arbeitsdienstpflicht eine Lanze zu brechen. Die Versammlung des Zweckverbandes der Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebietes befasste sich eingehend mit der Frage der Arbeitspflicht, weil der Zweckverband anscheinend zur Zeit keine grösseren Sorgen hat. Die Verbandsversammlung nahm im Anschluss an einen Vortrag Arnholds, des Leiters des Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung (Dinta), einstimmig eine Entschliessung an, worin die Einführung der Arbeitsdienstpflicht als erstrebenswertes Ziel hingestellt wird. Die Schwierigkeiten der Finanzierung, so heisst es in der Entschliessung, brauchen trotz der verzweifelten finanziellen Lage nicht unüberwindlich zu sein, wenn in der Zielsetzung und Durchführung wirtschaftlich verfahren werde. Unter allen Umständen dürften aber nur Arbeiten in Angriff genommen werden, die die Privatwirtschaft nicht übernehmen könne. Andernfalls würde nur neue Arbeitslosigkeit geschaffen. Eine weitere Voraussetzung zum Gelingen des Ganzen liege darin, dass die Arbeitsdienstpflicht schrittweise aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst entwickelt werde.

Die Arbeitsdienstpflichtbegeisterung der Ruhrkammern wird selbst im Unternehmerlage, soweit hier die Köpfe von der Hitlerpsychose noch nicht zu sehr mitgenommen sind, mit kritischer Kühle aufgenommen. So werden die von Arnhold zur Begründung der Arbeitsdienstpflichtentschliessung der Ruhrkammern ins Treffen geführten Argumente von der "Kölnischen Zeitung" böse zerpfückt. Arnhold meint, der Arbeitsdienst müsse unvollkommenes Teilwerk bleiben, solange er nur freiwillige Arbeit sei und der gemeinschaftsbildenden sittlichen Idee der Pflicht ermangele. Die "Kölnische" hält dem entgegen, dass die aus Freiwilligkeit geborene Pflicht doch wohl höher stehe als die aus dem Zwang hervorgehende.

Mit subtilen Unterscheidungen zwischen soldatisch und militärisch, die Arnhold mache, komme man nicht weiter. Im übrigen könne ja auch Arnhold zunächst als gangbare Wege nur solche des freiwilligen Arbeitsdienstes empfehlen, z.B. freiwillige Meldung und weitere Zusammenfassung freiwilliger Arbeitslager, und wenn die Entschliessung der Kammern dafür eintrete, dass nur Arbeiten in Angriff genommen werden, die die Privatwirtschaft nicht übernehmen könne, so ziehe man damit in der Praxis dem Arbeitsdienst doch verhältnismässig enge Grenzen. Eine sofortige Einführung der Arbeitsdienstpflicht sei ein Sprung ins Dunkle. Auf jeden Fall müssten einmal erst Erfahrungen über den Arbeitsdienst gesammelt werden.

Die Ruhrkammern müssen also von dem führenden rheinischen Unternehmerorga vor Dummheiten gewarnt werden. Diese Warnung ist bezeichnend für unsere Lage. Wirtschaftliche Körperschaften wie die Ruhrkammern bringen es fertig, aus politischen Gründen im Volk falsche Hoffnungen über die Möglichkeiten des Arbeitsdienstes durch Einführung einer Arbeitsdienstpflicht zu erwecken. Bei den Ruhrkammern könnte man doch eigentlich darüber im klaren sein, dass die Durchführung der Hitlerpläne in der Arbeitsdienstfrage nichts anderes bedeuten würde als eine neue unerhörte Kapitalfehlleitung. So etwas kann doch unmöglich jemand verantworten, der von wirtschaftlichen Dingen eine Ahnung hat. Aber so ist es halt bei uns in Deutschland: Herr Hitler fordert die Arbeitsdienstpflicht, und was Herr Hitler sagt, das soll - so lange daa von seinem politischen und wirtschaftlichen Auftraggeber für nötig gehalten wird - den Volksmassen als eine Art Evangelium vorgegaukelt werden. Und so drückt man sich bei den Ruhrkammern, statt offen und ehrlich zu sprechen, mit faulen Redensarten um die offenkundigen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Bedenken herum, die dem Arbeitsdienstpflichtproblem im Wege stehen. Zwangsarbeit - das könnten doch auch die Herren der Ruhrkammern wissen - war noch immer die teuerste Arbeit. Ohne Enthusiasmus ist beim Arbeitsdienst bestimmt nichts herauszuholen, und solcher Enthusiasmus ist nur möglich auf der Basis der Freiwilligkeit. Alle Jugendbünde sind sich darüber im klaren, ja eigentlich alle Leute mit fünf gesunden Sinnen. Aber Herr Hitler sagt Arbeitsdienstpflicht, und Herr Hitler darf sich eben in Deutschland jeden Blödsinn erlauben; denn der Liebling aller Scharfmacher soll seinen Nimbus nicht verlieren. Er soll vor allem in der Wahlzeit irregleiteten Massen als Halbgott erscheinen, der ganz genau weiss, wie dem deutschen Volk geholfen werden kann. Aber zur Zwangsarbeit gehören zwei: einer, der zwingt, und einer, der sich zwingen lässt. Der deutsche Arbeiter lässt sich nicht zwingen. Er will einen Volksstaat und keinen Sklavenstaat.

SPD. Für das Kölner Hotels-, Restaurations- und Gastwirtsgewerbe wurde ein Schiedsspruch gefällt. Mit Wirkung vom 1. Juli ab werden die Grundlöhne der festbesoldeten Angestellten um sechs Prozent und die Garantielöhne um 12 Prozent ermässigt. Die Garantielöhne für Kellner betragen bis jetzt 170 Mark, für Köche 147 bis 206 Mark. Das neue Abkommen läuft bis zum 31. Dezember 1932. Im neuen Kurs neuer Abbau!

SPD. Hitler bedroht die Eisenbahner mit Arbeitslosigkeit. Verschiedene Eisenbahndirektionen haben in der letzten Zeit in den verschiedensten Dienststellen Ermittlungen angestellt, in welchem Umfang der Freiwillige Arbeitsdienst zur Verrichtung von Oberbauarbeiten herangezogen werden könnte. Manche Dienststellen gingen sogar so weit, dass sie in einzelnen Gasthäusern und

ähnlichen Lokalitäten Massenquartiere einzurichten versuchten.

Die Eisenbahndirektionen handelten auf Veranlassung der Hauptverwaltung, und die Hauptverwaltung hat, als die Eisenbahnergewerkschaften dieser Tage in einer Besprechung mit dem Reichsverkehrsminister und der Reichsbahngesellschaft schärfsten Protest gegen diese Machenschaften erhoben haben, erklärt, sie habe auf Weisung der Reichsregierung gehandelt, Im Verlauf der Beratungen hat die Hauptverwaltung auch noch zu verstehen gegeben, dass es die angestellten Ermittlungen nicht nur auf eine Erweiterung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, sondern auch auf die Vorbereitung der Arbeitsdienstpflicht abzielten.

Die Eisenbahnerorganisationen haben die Hauptverwaltung und den Verkehrsminister mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass die Durchführung der mit den Ermittlungen der Eisenbahndirektionen verbundenen Pläne für das Eisenbahnpersonal katastrophale Auswirkungen haben müssen. Rund 40 000 Eisenbahnarbeiter seien für die nächste Zeit überzählig. Eine Einführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes müsse aber die Arbeitsverhältnisse im Reichsbahnbetrieb noch mehr einengen. Die Eisenbahner, die von jeher zu niedrigen Löhnen hätten arbeiten müssen, die bisher das schwere Opfer der Kurzarbeit auf sich genommen hätten, stünden an der Grenze ihrer Geduld. Man solle mit dieser Geduld nicht spielen.

Bei der Hauptverwaltung wie auch bei dem Reichsverkehrsminister, der ja Eisenbahnfachmann ist, blieben die von den Organisationsvertretern vorgebrachten Beschwerden der Eisenbahner nicht ohne Eindruck. Beide Stellen haben zugesagt, der Reichsregierung die Bedenken der vertragschliessenden Organisationen zu unterbreiten.-

Das ganze ist ein tolles Stück. Die Reichsbahn: sowohl die Verwaltung wie das Personal sind gegen Arbeitsdienstexperimente, und selbst der Reichsverkehrsminister als Fachmann muss die Berechtigung des Protestes der Eisenbahner anerkennen. Warum - so muss man fragen - war denn dieser Vorstoss gegen den Arbeitsplatz der Eisenbahner möglich? Warum sollen die Eisenbahner unbedingt mit Arbeitsdienstexperimenten, ja sogar mit Arbeitsdienstpflichtexperimenten beglückt werden? Warum? Weil ein Hitler in Deutschland zu kommandieren sich erdreistet, und weil eine Regierung der Hitlerbarone nicht auf ihren Eisenbahnfachmann hört, sondern glaubt, dem Kommando Hitlers sich fügen zu müssen.

SPD. Der Schiedsspruch für die Textilindustrie des Gladbach-Rheydter und Viersener Reviers, der eine Senkung des Mindestarbeiterslohnes von 53,5 auf 50,8 Pfennige und eine entsprechende Senkung aller anderen Lohnsätze vorschlägt, wurde von den Gewerkschaften abgelehnt, von den Unternehmern aber angenommen. Diese haben Verbindlicherklärung des Spruches beantragt.

SPD. Die Verhandlungen der Rhein-, Main- Donau Aktiengesellschaft mit der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten über Beschaffung und Finanzierung neuer Arbeitsgelegenheiten sind abgeschlossen. Spätestens in drei Wochen soll am Main und an der Donau mit den neuen Arbeiten begonnen werden, die zunächst für 8 000 bis 10 000 Arbeiter Beschäftigung bringen dürften. Bei den Arbeiten am Main handelt es sich um den Bau zweier Schleisen bei Faulbach und Rothenfels, um den Bau des Erlabrunner Kraftwerkes und um den Schutzhafen bei Wertheim.

Nun auch der Hering.

Verteuerung durch Zollerhöhung um 2 Pfennig pro Stück geplant.

SPD. Die Schleusen sind geöffnet: In den Reichsministerien stehen die Vertreter der Interessentenhäufen an, um ihre Zollwünsche vorzutragen und durchzusetzen. Zölle auf Kartoffel, Zölle auf Gemüse, Zölle auf Südfrüchten, Zölle auf Schmalz und Speck, Zölle auf Vieh, Steuern auf Salz, schliesslich Steuer auf Margarine - - alles geht auf Kosten der breiten Massen. Jeder will mehr verdienen. Die breiten Verbraucherschichten aber sollen's bezahlen. Nun will man den Heringzoll erhöhen.

Dieses Mal ist der Reichsfinanzminister Graf von Schwerin-Krosigk zuständig. Er dürfte kaum Heringe essen. Auch Adolf Hitler, dessen Partei die Verantwortung für die neue Zoll- und Verteuerungswelle trägt, wird etwas besseres haben als den Hering, um seinen Bauch, der im Laufe der Jahre immer mehr zur Fülle neigt, satt zu machen. Heringe sind das wichtigste Nahrungsmittel der ärmsten Bevölkerung. Wer die Heringe verteuert, nimmt einem grossen Teil der deutschen Bevölkerung überhaupt die Fleischnahrung. Nur derjenige, der die Massen kalt der Verelendung überantworten will, kann auf den Gedanken kommen, gerade den Heringszoll zu erhöhen und den Heringspreis in die Höhe zu treiben. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Feststellung berühmter Aerzte, wonach gegenwärtig in vielen deutschen Städten die Unterernährung, gerade bei den Kindern und Jugendlichen, schlimmer ist als während des Krieges und während der Inflation.

Bei dem Heringzoll macht man's direkt im Grossen. Der Zoll beträgt gegenwärtig pro Fass 3 Mark. Er soll jetzt auf 9 Mark gesteigert werden. Gegenwärtig ist jeder Hering, der in Deutschland verkonsumiert wird, mit einem Zoll von einem halben Pfennig belastet. Mit der Zollsteigerung wird sich die Belastung auf 1,5 Pfennig erhöhen.

Aber die Verteuerung ist damit noch nicht abgetan. Erfahrungsgemäss kommt auf dem Wege vom Import zum Konsum eine weitere Verteuerung zustande, die angesichts eines Zolls von $1\frac{1}{2}$ Pfennigen auf 2 Pfennige zu schätzen ist. Es handelt sich also um eine ungeheuerliche Verteuerung. Wir fragen nur, wie lange wird die Geduld des Volkes noch vorhalten?

SPD. Eines der übelsten Institute in der an Skandalen reichen privaten Bausparkassenbewegung, die Centralbausparkasse A.G., ist zusammengebrochen. Die "Centralbau" wurde von dem Deutschen Creditverein ins Leben gerufen, der bereits im April dieses Jahres die Zahlungen eingestellt hat. Zu den Gründern des Deutschen Creditvereins gehört der deutschnationale Parteiführer Hugenberg. Die Aktienmehrheit dieses Bankhauses befand sich zuletzt in den Händen einer westdeutschen Schwerindustriellengruppe unter Führung des Bankiers Droste. Aufsichtsratsvorsitzender beider Gesellschaften ist der ehemalige volksparteiliche Reichswirtschaftsminister Dr. Becker-Darmstadt. Unter den glänzendsten Namen der Aufsichtsräte figurieren der General Adolf Freiherr von Seckendorf und Dr. Kurt Calmon, der Leiter der Baukredit A.G., die an den eigenartigen Zwischenkreditgeschäften der "Centralbau" beteiligt war.

Die "Centralbau" wurde bereits vor Jahresfrist durch übelste Spekulationsgeschäfte mit sogenannten Kapitalbildungsverträgen bekannt, die von der Fachpresse schärfstens kritisiert wurden. Der "Sozialdemokratische Pressedienst" hat als erster vor diesem Schwindelunternehmen gewarnt, dem die "nationalen" Herren der Inneren Mission das Schicksal der 20 000, durch den "Astorenskandal" der Devaheim geschädigten Sparer anvertrauen wollte.

Die enge Personalunion zwischen "Centralbau" und Creditverein führte dazu, dass von den $3\frac{1}{2}$ Millionen Bausparguthaben der "Centralbau" zwei Millionen ordnungswidrig statt in Hypotheken an die Sparer bei dem Deutschen Creditverein angelegt wurden, der sicherheitswertige Bürgschaften gab. Ein erheblicher Teil der Bausparguthaben ist durch den Creditverein verwirtschaftet worden. Die Spezilität der "Centralbau" war der Abschluss von Grossbausparverträgen mit Baugesellschaften. 90 Prozent der Einlagen entfallen auf 88 Grosssparern, von deren Guthaben rund 40 Prozent verloren sind.

Zu den Gesellschaften, die sich trotz der Warnungen aus Fachkreisen den Geschäftspraktiken der "Centralbau" anvertraut haben, gehören die dem Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband nahestehende Gagfa Gemeinnützige A.G. für Angestellten-Heimstätten und mehrere Provinzialwohnungsfürsorgegesellschaften. Es ist Sache der staatlichen Aufsichtsbehörden, einmal festzustellen, ob Geschäfte mit Spekulanten vom Schlage der Centralbauleiter zu den Aufgaben gemeinnütziger Wohnungsgesellschaften gehören.

Die als Grossparer interessierten Baugenossenschaften wollen eine Reorganisation der "Centralbau" durchführen, die sie zu einer grossen, mit Hauszinssteuermitteln arbeitenden Bausparbank der Wohnungsfürsorgegesellschaften umgestalten wollen. Vorstand der neuen Firma soll der im persönlichen Verkehr mit Adolf Hitler nicht ungeübte Verwaltungsrechtsrat Justus von Gruner werden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Sanierung gelingt.

SPD. Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums schliesst der ordentliche Haushalt für den Monat Mai 1932 mit einem Defizit von 100 Millionen Mark ab. Im ausserordentlichen Etat hat sich ein Defizit von 3,8 Milliarden Mark ergeben. Berücksichtigt man den vorhandenen Fehlbetrag, so ergibt sich ein Gesamtdefizit für Ende Mai 1932 in Höhe von 1 427 Millionen Mark. Der Kassenbestand machte Ende Mai 23 Millionen Mark aus, ist also durchaus ungenügend und dürfte unter Umständen Überraschungen bringen.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 14. Juli. Amtliche Notierung ab Erzeugung, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 106, II. Qualität 96, abfallende Sorten 89 RM. Tendenz: stetig.

amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung vom 14. Juli, je Zentner waggonfrei märkischer Station: Gelbfleischige neuer Ernte 3,25 - 3,50 RM.

Geringes Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 14. Juli)

SPD. An der Berliner ^Produktenbörse war am Donnerstag die Tendenz merklich fester, insbesondere für Weizen neuer Ernte, der nach den Preisrückgängen nur in sehr geringen Mengen angeboten wurde. Da sich gleichzeitig bessere Nachfrage für Deckungszwecke, auch der Mühlen, bemerkbar machte, konnten sich die Weizennotierungen am handelsrechtlichen Lieferungsmarkt befestigen und zwar wurden die Notierungen um 1 bis 2 Mark heraufgesetzt. Auch Roggen konnte etwa 1 Mark gewinnen, obgleich hierfür das Kaufinteresse der Mühlen und Händler weniger gross war. Der Export in Weizen und Roggen entwickelt sich nur sehr langsam und schwierig. Für Brotgetreide alter Ernte war kaum noch Kaufinteresse vorhanden. Das Material, das auf den Markt kommt, wird nur zögernd und zu nachgebenden Preisen aufgenommen. Die Notierungen für prompten Weizen lauteten daher unverändert, während für Roggen keine Notierungen zustande kamen. Am Mehlmarkt hat sich die neue Situation noch nicht ausgewirkt. Das Geschäft blieb ausserordentlich ruhig, nur die Käufe zur Deckung des dringendsten Bedarfes kamen zu gedrückten Preisen zustande. Für Herbstmehl fanden sich kaum Käufer. Für Hafer war die Stimmung eher etwas ruhiger. Die Forderungen sind noch nicht ermässigt, während der Konsum sich zurückhielt. Gerste hatte gleichfalls ruhiges Geschäft.

| | 13.7. | 14.7. |
|-----------------------------|--------------------------------|---------------|
| | (ab märkische Station in Mark) | |
| Weizen | 235 - 237 | 235 - 237 |
| Roggen | 177 - 179 | - |
| Futter- und Industrieroggen | 153 - 166 | 153 - 166 |
| Hafer | 154 - 159 | 154 - 159 |
| Weizenmehl | 30,00 - 33,25 | 30,00 - 33,75 |
| Roggenmehl | 25,00 - 27,00 | 24,75 - 26,75 |
| Weizenkleie | 11,25 - 11,50 | 11,25 - 11,60 |
| Roggenkleie | 10,25 - 10,60 | 10,25 - 10,60 |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 249 - 247½; Sept. 227½, Okt. 228, Dez. 230. Roggen Juli 178½, Sept. 177½ bis 177, Okt. 178-177½ Brief, Dezember 180½-180, Hafer Juli -, Sept. -, Dez. 153.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtl. Berliner Eiernotierungskommission am 14. Juli). A. Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) über 65 g 8, über 60 g 7, über 53 g 6,25, über 48 g 5,75, frische Eier über 53 g 6,25, aussortierte kleine und Schmutzeier 4,50 - 4,75. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 7,50, 17er 7, 15½-16er 6,25, leichtere 5,50 - 5,75, Estländer 18er 7, 17er 6,75, 15½-16er 5,75 - 6, leichtere 5,50, Holländer 68 g 7,50, 60-62 g 6,50, 57 - 58 g 6, Rumänen 4,75 - 5,25, Russen normale 4,50 - 5, abweichende 4 - 4,25, kleine, Mittel- und Schmutzeier 4. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: warm, Tendenz: freundlicher.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 53.

Berlin, den 14. Juli 1932.

Spanische Frauen.^x

SPD. Es wird oft behauptet, der politische Umsturz in Spanien, die Verwandlung des monarchistischen in ein republikanisches Regime hätte, im Grunde genommen, keine grossen Veränderungen im spanischen Leben gebracht. Diese Behauptung entspringt einer feindlich gesonnenen Kritik oder ist bestenfalls die Frucht einer allzu grossen Ungeduld, die alles mit einem Schlage verändert sehen möchte. Aber die spanische Republik konnte nicht mehr tun als eine grössere Freiheit der Entwicklung gewähren. Wie sehr sich diese grössere Freiheit im Leben der spanischen Frauen auswirkt, das muss auch dem flüchtigen Beobachter auffallen.

Der starke Einschlag des Arabertums und der viele Jahrhunderte dauernde Einfluss der katholischen Kirche waren die Ursachen, dass die Frauen Spaniens in einer völligen Unwissenheit und Abgesondertheit lebten. Die Frauen aus dem Volke waren nur Arbeitstiere, die Frauen der Aristokratie und des reichen Bürgertums Prunkstücke im grossen Besitztum ihrer Männer. Der übergrosse Kindersegen brachte die Frauen vollends in Abhängigkeit, denn, da sie sehr jung heirateten, oft schon mit 15 bis 16 Jahren, liessen die vielen kleinen Kinder eine noch jungen Frau weder Zeit noch Kraft, aus der engen Behausung Ausschau in die Welt zu halten. Wo es die ökonomischen Verhältnisse erlaubten, die Sorgen um die Kinder auf das Personal zu übertragen, hatte die Frau trotzdem keine Bewegungsfreiheit, denn die Sitte stellte sie unter die Oberherrschaft des Mannes, der sie nicht entinnen konnte, da es keine Scheidung gab. Sie verwendete deshalb alle überschüssige Kraft auf die Sorge um ihr Äusseres und die ihr zugestandenen Vergnügungen, Tanz und Gesang. Der Stierkampf, dem sie im grossen Aufputz zur Hebung der Feierlichkeit beiwohnen durfte, entfesselte oft ganze Ströme von zurückgedrängter Leidenschaftlichkeit. Sentimental, romantisch und unwissend, war die Frau auf ein beinahe haremartiges Dasein beschränkt, sehnte sich dauernd nach dem Erleben, das für sie allein die Form der Liebe annehmen konnte; wenn sie aber ausserhehlich liebte, war diese Liebe entweder voll Entsagung oder voll Gefahr. Selbst der Kindererziehung, die ihr eigentliches Gebiet hätte werden sollen, war diese Frau nicht gewachsen, denn ihre geistigen Fähigkeiten schlummerten allzu tief; ihre Liebe zu den Kindern war nichts als Anhänglichkeit an die Nachkommenschaft. Ein derartiges Dasein der Familie, in der der Ehemann ein volles Ausleben im Beruf, im Zusammensein mit Freunden, im politischen Kampfe geniesst, während die Frau auf die Häuslichkeit allein beschränkt bleibt, existiert natürlich auch heute noch in Spanien, besonders im Süden, in Andalusien und überhaupt in Provinzen, in denen der Einfluss der Kirche noch stark ist.

Dieser Welt gegenüber entsteht heute eine neue Form des Daseins, ein neues Streben bei den Frauen. Die Republik brachte ihnen die Gleichstellung mit dem Manne, die sonderbarerweise auf dem politischen Gebiete begann: die Frauen Spaniens haben jetzt das Wahlrecht. Die Konstitution stellte die unehe-lichen Kinder den ehelichen gleich. Dann kam das Gesetz, das die Ehescheidung möglich machte. Das Frauenstudium wird stark propagiert: Studentinnen gibt es nicht nur auf der medizinischen Fakultät, sondern auch auf allen anderen, einschliesslich der Technik. In der Volksvertretung sitzen Frauen. Sie sind zu den höchsten Staatsämtern zugelassen. Frauen wirken in den politischen Parteien. Frauen arbeiten im Büro und in Geschäftshäusern. Und sie haben Dancings, Kaffeehäuser, das Zigarettenrauchen und den Flirt entdeckt. Selbst mit dem

Sport liebäugeln sie bereits. Und die Tendenz der jung Verheirateten ist es, das Ein- oder Zweikindersystem einzuführen.

Die Entwicklung geht, besonders in Madrid, schnell vorwärts und ist natürlich mit gewissen Uebergangserscheinungen behaftet. Wie in allen solchen Fällen neigen die Frauen zur Uebertreibung. Ausserordentlich stark tritt das bei den Ehescheidungen in Erscheinung. Seit dem Erlass des Gesetzes wurden in wenigen Monaten über 700 Gesuche um Scheidung von den Frauen in Madrid eingereicht. Natürlich stammen diese Gesuche hauptsächlich aus vermögenden Kreisen, denn im Proletariat ist man formloser und löst die Ehe ohne so viele Formalitäten.

Im allgemeinen kann man sagen, dass sich die Frauen aus dem Bürgertume mehr der geistigen, die aus dem Proletariat mehr der rein politischen Tätigkeit zugewandt haben; in die Versammlungen der Gewerkschaften kommen zahlreiche Frauen. Aber auch in einer anderen gesellschaftlichen Schicht sind die Frauen auf ihre Art politisch aktiv geworden, namentlich die Aristokratinnen und monarchistisch-katholisch gesonnenen Frauen. Es gibt sechs grosse Frauenklubs in Madrid, davon fünf mit ausgesprochen monarchistischen Tendenzen. Diese Frauen manifestieren ihre Weltanschauung auf eine sehr intensive Art. Sie beschimpfen Republikaner, besonders Republikanerinnen, trotzen oft republikanischen Verordnungen, tragen als Kennzeichen ein Kreuz auf der Brust usw. Vielleicht ist dies die Ursache, dass die Republikaner die Folgen der Teilnahme der Frauen an den Wahlen ein wenig fürchten, denn sie vermuten, dass in Wirklichkeit die Priester und nicht die Frauen wählen. Aber diese Befürchtung ist kaum gerechtfertigt, denn trotz der einbrechenden Wandlung steht die spanische Frau noch so sehr im Banne ihrer Familie, dass sie wohl nur so stimmen wird wie ihr Ehemann. Nein, die Republik hat kaum etwas von den Frauen zu befürchten; die Frauen Spaniens aber haben der Republik viel zu verdanken: die Erschliessung des Lebens schlechthin.

S.Kramstyk.

Die rote Anna.^x

SPD. Jo Rössler war ein Bauer aus Böckingen im Neckartal. Man sagte ihm nach, dass er der natürliche Sohn eines Edlen sei. Und das war auch wohl nicht ganz von der Hand zu weisen, da sein Gebaren und Wesen stark von der grobschlächtigen Art der Dörfler abwich. Er aber wollte nur ein Bauer sein. Seiner Kinder eines war Anna. Die hatte einen starken Sinn geerbt. Der aber war auf Bauernerde gereift und ausgewachsen zu einem Hass gegen alles Dorffremde, mochten das nun Junker, Klösterliche oder Stadtherren sein. Ob ihres roten Haares wurde sie nur die rote Anna von Böckingen genannt.

Das war um die Zeit, da der gemeine Mann aufstand im Lande und die Ketten zerbrach, die eine jahrhundertlange Tyrannei um seinen Nacken gelegt. In Böckingen war es Jäcklin Rohrbach, der die wachen Bauern um sein Fähnlein sammelte. Da trat auch Jo Rössler zu ihm in den Kreis und hob die Schwurhand hoch für Freiheit und Evangelium. Und am Tage, da sie dann auszogen, gesellte sich auch die Rote Anna zu ihnen. Sie war Jäcklins Vertraute und hatte schon die Monde lang für ihn heimliche Botengänge gemacht zu den übrigen Verschworenen im Tale. Nun zog sie als seine Freundin mit ihm und erfüllte auch ihn mit dem wilden Hass ihrer Seele. Den Bauern galt sie als heilige Patronin ihres Fähnleins. Sie marschierte vor dem Haufen her, sprach den Bauern Mut zu und Sieg und Beute. Und segnete sie, dass ihnen weder Spiess noch Hellebarde noch Büchse etwas anhaben könnten, und schleuderte den Fluch über Stadt, Burg und Kloster. Gott will es! Das Wort war ihr Segensspruch und Panier. Das schleuderte sie wie Flammen über alle Zagen, und damit peitschte sie die Bauern in die Schlacht.

So zog der Haufe durch das Neckartal und vereinigte sich mit dem hellen Haufen, dem auch Florian Geyer mit seiner schwarzen Schar angehörte. Am

16. April 1525 rückte er vor Weinsberg, das von dem Grafen von Helfenstein und seinen Reitern verteidigt wurde. Das tragische Schicksal der Stadt und seiner tapferen Besatzung ist zu bekannt, als dass es an dieser Stelle noch einmal ausführlich geschildert werden müsste. Das Schloss wurde von der schwarzen Schar, die Stadt vom Hauptheere gestürmt und genommen. Die rote Anna wich auch im Streite nicht von der Seite Jäcklins. Sie warf ihr "Gott will es!" gegen das verschlossene Stadttor, und das Wort schlug Bresche wie Axt und Beil. Von ihrem Vater Jo Rössler wird an dieser Stelle in den Berichten nichts Sonderliches gemeldet. Der Besatzung erging es übel. Die Reiter wurden niedergehauen, der Graf und viele Adelige in einem geheimen Gange der Kirche, wohin sie geflüchtet waren, entdeckt, zum Teil niedergestochen, zum Teil gefangen genommen. Unter diesen befand sich auch der Graf selbst. Sie wurden Jäcklin zur Bewachung anvertraut, und seine verwilderte, rache glühende Seele jagte in der Frühe des kommenden Tages die edlen Herren in die Spiesse seiner Bauern.

Vergebens warf sich die Gräfin vor Jäcklin auf die Kniee. Da trat die rote Anna gegen sie: "Eure Tränen sind nichts nutz! Habt Ihr etwa auch auf Knieen gelegen, als meine Brüder wie Hunde gehetzt wurden, als die Peitsche mit scharfem Hieb in ihre Rücken schnitt und sie in Euren Türmen und Löchern verhungerten! Steht auf, Kaiser-Tochter! Gott will es, dass wir dem Adel ein Entsetzen und eine Furcht einjagen!"

Und da der Graf dann unter den Spiessen tot zu Boden stürzte, stiess ihm dies wilde, leidenschaftsdurchbrannte Weib noch das Messer in den Bauch.

Die Strafe war hart, der Tod war schimpflich. Ein Wutgeschrei erhob sich darob im Lager der Bauernfeinde; auch viele Geschichtsschreiber der damaligen und heutigen Zeit rechnen diese Rache dem Jäcklin als ein Ungeheueres an. Sie soll nicht entschuldigt werden; aber sie findet ihre Erklärung in der masslosen Bedrückung und unmenschlichen Behandlung, die die Herren von Rechts wegen den Bauern von Geschlecht zu Geschlecht hatten zuteil werden lassen. Und ist etwa das Autodafé, das nach wenigen Monden die ritterlichen Sieger über die geschlagenen und gefangenen Bauern verhängten, nur um ein Jota milder gewesen?

Genug, die Edlen waren tot. Der helle Haufen erfuhr die grause Tat erst, nachdem sie vollendet. Als Protest gegen sie verliess der ritterliche Florian Geyer mit seiner schwarzen Schar das Heer. Und noch einer trug schwer an der Bluttat: Jo Rössler, der Vater der roten Anna. Ihn grauste namentlich der Dolchstich seiner Tochter. Der Graf warein ehrlicher Gegner und Kämpfer gewesen. War schon der schimpfliche Tod unter den Spiessen eine Untat, so noch mehr der Messerstich des Weibes gegen einen toten Feind. Darüber kam Jo Rösslers ehrliche, männliche Seele nicht hinweg. Das musste quitt gemacht werden, so oder so! Er wagte aber nicht, offen gegen seine Tochter aufzutreten, denn der Haufe schrieb ihr heimliche Kräfte zu und hielt sie als Heilige und Prophetin.

Nun aber war ihm und einem Genossen die Wache über die Gräfin übertragen worden. Noch stand ihr Leben auf des Messers Schneide. Und da beschloss er, an dieser Frau gut zu machen, was seine Tochter an dem Grafen gestündigt hatte. In der Nacht beredete er seinen Kameraden. Sie nahmen einen Karren, spannten einen der ledigen Rittergäule davor, setzten die Gräfin mit ihrem zweijährigen Sohne hinein, warfen loses Stroh darüber und fuhren damit zum Lager hinaus. Ungefährdet entkamen sie nach Heilbronn, von wo sich die Gräfin weiter nach den Niederlanden rettete.

So hatte Jo Rössler den Frieden seiner Seele wiedergefunden. Er wird fortan nicht mehr in der wechselvollen Geschichte des blutigen Krieges genannt. Auch die rote Anna versinkt in der mörderischen Flut. Florian Geyer starb tapfer kämpfend und unweit Hall, und Jäcklin Rohrbach wurde lebendig am brennenden Holzstoss gebraten.

Die Erhebung des Volkes aus Schmach und Not war blutig niedergeschlagen und in den Kot getreten. So gründlich, dass es der Jahrhunderte zu seiner Auferstehung bedurfte. Und wer will da heute sagen, dass uns nichts mehr zu tun übrig bliebe!

Wilhelm Lennemann.

Billige Frauenbücher.^x

SPD. In Millionen von Haushaltungen müssen heute die Ausgaben für Theater und Konzert, für Reisen und Wanderungen, Zeitschriften und Zeitungen gestrichen werden. So ist es nicht verwunderlich, dass sich die Klagen der Frauen und Mütter häufen, weil ein Buch unerschwinglich teuer geworden sei. Denn für ein gutes Buch müsse man doch einige Mark hinlegen, und die werden heute dringend für Lebensnotwendiges gebraucht. Müssen also unsre Hausfrauen, die Landfrauen und Kleingärtnerinnen, die Mütter und beruflich tätigen Arbeiterinnen heute auf Bücher ganz verzichten? Ist das Buch für die Mehrzahl der Frauen unerreichbar geworden?

Glücklicherweise ist es nicht so. Es gibt nämlich sehr gute und dabei sehr billige Bücher, aber leider wissen das die meisten Frauen nicht, zumal wenn sie weit abseits der Städte wohnen. So sind in letzter Zeit auf dem Gebiete der Küche und des Haushaltes eine ganze Anzahl äusserst preiswerter Veröffentlichungen erschienen, die gleichzeitig als ausgezeichnete Arbeiten zu werten sind. Der Volksverein für Volksernährung hat einen 60 Seiten starken Ernährungswegweiser herausgegeben "Satt werden mit wenig Geld" (Verlag Johann Ambrosius Barth, Leipzig. Preis 50 Pfennig), der Ernährungsrichtlinien für Hausfrau und Berufsfrau enthält, Untersuchungen, die nachweisen, wozu und in welchen Mengen der Körper Nährstoffe braucht, und welchen Wert jedes einzelne Nahrungsmittel besitzt. Ein ausführlicher Aufsatz gibt Ratschläge, wie man die Gerichte noch verbilligen kann, ohne ihren Nährwert zu vermindern, und endlich enthält der Ernährungswegweiser 142 Rezepte mit genauer Preisangabe.

Sehr gut ist auch der Leitfaden, den die Frauenabteilung der Volkshochschule Stuttgart herausgegeben hat. Er betitelt sich "Arbeiter, seid fortschrittlich in der Ernährung!", umfasst 28 Seiten und kostet 30 Pfennig. Das Büchlein leitet in einem Zwiegespräch in moderne Ernährungsfragen ein, behandelt dann auf Grund von hunderten von Fragebogen den Küchenszettel in einem süddeutschen Arbeiterhaushalt und gibt Ratschläge zur Verbesserung der Mahlzeiten. Das Büchlein wendet sich an die Jungesellin, die sich selbst beköstigt, wie an kinderreiche Familien und gibt eine Anzahl von Zusammenstellungen guter und billiger Mahlzeiten. Ferner hat der Reichsmilchausschuss einen sehr hübschen Ernährungskalender und zwei Kochbücher herausgegeben. Der Ernährungskalender, der jedes Jahr neu herauskommt, kostet 75 Pfennig und enthält eine Fülle von Ratschlägen für die Küche, viele Rezepte und ein Preisausschreiben für Kinder, dazu viele Illustrationen. Die beiden Kochbüchlein kosten je 10 Pfennige: Das süddeutsche Milchkochbuch bringt auf 24 Seiten hundert ausführliche Rezepte, und ein weiteres "Milchkochbuch für jedermann" bietet auf gleichem Umfang über 80 Rezepte. Das Büchlein ist mit reizenden Kinderbildern und humorvollen Familienszenen geschmückt.

Sehr zeigegemäss sind ferner die Veröffentlichungen des Wendepunkt-Verlages. Bereits im 151. Tausend liegt das Büchlein "Früchtespeisen und Rohgemüse" vor, das 85 Pfennig kostet. Es gibt wertvolle Winke zur Bereitung ungekochter Speisen und bietet Speisezettel für die verschiedenen Jahreszeiten. Auch Rezepte für bestimmte Diättage, etwa für die Ernährung von Zuckerkranken, sind hier verarbeitet. (In diesem Zusammenhange sei auch auf die wesentlich kostspieligeren, aber sehr inhaltreichen Bücher des gleichen Verlages - Das kleine Wendepunkt-Kochbuch, 351 fleischlose Kochrezepte und Speisezettel, und auf die "Ernährungskrankheiten" von Bircher-Benner, Preis 4,10 M. - hingewiesen. Beide Bücher sind sehr empfehlenswert.)

Auch der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen wendet sich in seinen billigen Veröffentlichungen an Frauen und Mütter. Neben einigen Kochbüchern bringt er sehr hübsche Geschenke für naturliebende, wanderfrohe Mütter und ihre Kinder. Da ist der "Freudenborn 1932", der auf 62 Seiten Gedichte, Aufsätze,

Briefe, Anleitungen zu richtigem Wandern und vieles sonstige Wissenswerte enthält und nur 20 Pfennig kostet. Noch billiger ist das "Ränzlein 1932", ein fröhliches Jahrbüchlein für kleine Leute. Es kostet 10 Pfennig und gibt der Mutter auf 32 Seiten reiches Material zum Vorlesen und zum Erzählen für ihre Kinder, Gedichte, Geschichten, Rätsel und Bilder.

Endlich sei noch auf ein Merkbüchlein zur Mutter- und Säuglingspflege hingewiesen. Es ist von Professor Dr. Martin Vogel herausgegeben und kostet 30 Pfennig. (Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt G.m.b.H. Dresden) Es gibt sehr gute, praktische Ratschläge, wie die Frau sich während des Wochenbettes und der gesamten Schwangerschaft zu verhalten hat, und zeigt der Frau, wie der Säugling und das Kleinkind zweckmässig zu behandeln und zu pflegen sind. Ein sehr übersichtliches Inhaltsverzeichnis erleichtert das Nachschlagen in vorkommenden Fällen und macht das Büchlein fast unentbehrlich für die Wochenstube. Es ist ausserordentlich erfreulich, dass nun auch von medizinischer Seite eine Veröffentlichung dieser Art herausgekommen ist, die auch wenig bemittelte Frauen kaufen können.

So mag diese kleine Uebersicht, die nur einen winzigen Ausschnitt bietet, zeigen, dass auch in der heutigen Zeit Frau und Buch nicht durch einen Abgrund getrennt zu sein brauchen. Nicht immer ist der Preis eines Buches bezeichnend für seinen Inhalt und seinen Wert. Es gibt glücklicherweise heute bereits eine grosse Auswahl an billigen Frauenbüchern, die ausgezeichnet und preiswert zugleich sind.

M.

----- Hexenschuss.^x -----

SPD. Der "Hexenschuss", auch "Drachenschuss" genannt, ist ein allgemein bekanntes Leiden. Der Name deutet schon auf die plötzlichkeit des Auftretens hin; eben ging es einem noch recht gut, da setzt man sich z.B. auf das Bett, und im Moment, wo man sich wieder aufrichten will, kann man sich wegen heftigster Schmerzen in der Gegend von Kreuz und Lenden einfach nicht mehr rühren. Man weiss auch nicht: hat diesen Schmerz eine ungeschickte Bewegung ausgelöst, oder ist er eine Folge plötzlicher starker Abkühlung und Erkältung? - Genau so wenig wie der Betroffene weiss der Mediziner ganz genau über die Entstehung dieser Schmerzen Bescheid. Es gibt Leute, die bei jeder Einwirkung von Zugluft auf den Nacken einen "steifen Hals" bekommen, aber andererseits ist jedem Arzte bekannt, dass viele Patienten aus der körperlich schwer arbeitenden Bevölkerung auf Grund von Muskelzerrungen durch Heben, Tragen, usw., eine äusserliche Zerrung der Muskeln, die gleichen Beschwerden aufweisen.

Im allgemeinen werden sowohl der Hexenschuss wie der steife Hals zu den rheumatischen Erkrankungen gerechnet. Es handelt sich um dem Muskelrheumatismus nahe stehende Erscheinungen. Eine Muskelgruppe, manchmal sogar nur ein Muskel, sind befallen. Fieber tritt nur ganz selten auf, und eine Analogie zum Gelenkrheumatismus (bei dem stets fast alle Gelenke gleichmässig von heftigsten Schmerzen befallen werden) besteht nicht. Denn die Ähnlichkeit beider Erkrankungen besteht glücklicherweise nur in der Bewegungshemmung und dem Schmerz. Niemals jedoch wird, was besonders wichtig ist, das Herz angegriffen wie bei und nach Gelenkrheumatismus.

Es gibt für diese Erkrankung einzelner Muskelgruppen prädestinierte Menschen. Statt an irgend einer Form der Erkältung wie Schnupfen oder Katarrh leiden sie unter den geschilderten oder aber auch unter Rheumatismus der Brustmuskeln (Intercostal neuralgie), die dadurch besonders unangenehm sind, dass sie beim Atmen, Husten usw. furchtbar schmerzen. Vielfach findet man auch Kopfrheumatismus; die Schmerzen unterscheiden sich von anderen Kopfschmerzen

dadurch, dass jede Verschiebung der Kopfhaut unangenehm ist und oft auch die Seiten des Gesichts die Empfindung verursachen, als seien sie wund.

Das einzig Gute ist, dass die geschilderten Beschwerden meist bereits nach wenigen Tagen, häufig sogar innerhalb 24 bis 48 Stunden zu beseitigen sind. Allerdings besteht die Neigung zu Rückfällen. Durch sofortiges Einnehmen von Salizylpräparaten - ganz gleich, ob man Aspirin, Salipyrin, Gelonida anti-neuralgica usw. nimmt - bessern sich die Schmerzen meist schon innerhalb einiger Stunden. Die Salizylpräparate wirken eigentlich alle sehr gut; meist wissen die Betroffenen aus eigener Erfahrung, welches der vielen Präparate ihnen am sichersten und schnellsten hilft. Das ist individuell ganz verschieden, und wir stellen immer wieder fest, dass die Patienten sich die Mittel am besten selbst aussuchen. Irgendwelche Nebenwirkungen, wie Magenstörungen (Drücken usw.), lassen sich leicht beseitigen, wenn man nach dem Einnehmender Tabletten etwas Natron in Wasser gelöst trinkt.

Sehr angenehm wird oft trockene Wärme wie das Auflegen heisser trockener Tücher empfunden. Andere bevorzugen wieder heisse Breiumschläge, Heizkissen usw. Auch Einreibungen mit Kampferspiritus, den vielen angebotenen Salben und Oelen gegen rheumatische Schmerzen haben guten Erfolg, weil sie die Haut örtlich reizen und zur gesteigerten Blutfüllt des erkrankten Gewebes führen, die sich unter Brennschmerz, Wärmeempfindung und Rötung angenehm auswirkt. Schwitz- und Badekuren helfen in solchen Fällen besonders nachhaltig, wo immer wieder Rückfälle an gewissen Muskelgruppen auftreten. Kiefernadelbäder, heisse Sandbäder, Salzbäder und Moorbäder können zu Haus und in Badeorten wie Wiesbaden, Baden-Baden, Teplitz und Warmbrunn u.a. erfolgreich genommen werden. Nicht ausser Acht lassen darf man gewisse diätetische Gesichtspunkte. Besonders müssen übermässig genährte Patienten, die reichlich Alkohol trinken, nun weniger essen und reichlich Muskelbewegung haben. Alkoholgenuss soll nach Möglichkeit eingeschränkt werden.

In den Fällen, wo die Konstitution des Patienten besonders zu berücksichtigen ist, muss auf jeden Fall der Rat des Arztes eingeholt werden, denn nur mit einer wirklich durchgreifenden Behandlung ist der Erkrankung auf die Dauer beizukommen.
Dr. Hess.

SPD. Die ältesten Friedensgesellschaften.^x Die erste Friedensgesellschaft wurde im Jahre 1816 in London von den Quäkern William Allan und Trugelace Price gegründet. Im Jahre 1828 folgte in Amerika die Gründung der amerikanischen Friedensgesellschaft. Auf dem europäischen Festlande wurde der erste Friedensverein im Jahre 1830 in Genf gegründet, das also auf diesem Gebiete eine alte Tradition hat. Ein erster Friedenskongress wurde im Jahre 1843 in London abgehalten. Ein besonderer Vorkämpfer der Friedensbewegung in dieser Zeit war der amerikanische Grobschmied Elihu Burrit. Er hatte sich durch unermüdlischen Fleiss ein grosses Wissen angeeignet und wurde allgemein "der gelehrte Grobschmied" genannt.

SPD. Sklavenhandel vor fünfzig Jahren.^x Welchen Umfang der Sklavenhandel noch hatte, nachdem er offiziell in den meisten Kulturländern verboten worden war, geht aus einer Berechnung des Kardinal Lagiverio hervor, Danach sollen noch in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts alljährlich 2 Millionen Menschen Opfer des Sklavenhandels gewesen sein. Kuba hat ihn überhaupt erst 1880 offiziell aufgehoben.
